

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 24. Juni 1905.

№ 72.

Dem großen Meister!

Johannistag, Johannistag, Blumen und Bänder so viel man mag! — Sie haben recht, die Lehrbuben von Hans Sachs, dem Schuster und Poeten und Meisterfinger von Nürnberg. Die Natur überschüttet in wahrhaft verschwenderischer Fülle diesen Tag mit ihren herrlichen Gaben: Blumen und Blumenbänder so viel man mag. Unter den vielen Sitten und Gebräuchen des deutschen Volkes ist eine spezifisch Leipziger Art jedenfalls der schönsten eine, nämlich am Johannistage die Ruhstatt der Toten in ein Blumen- und Blütenmeer zu verwandeln: Die Lebenden an die Toten zum Wahrzeichen, daß ihr Leben und Lieben, ihr Wirken und Schaffen, bei uns, den noch auf diesem Erdenrund Wandelnden, in treuem Gedenken, in dankbarer Erinnerung geblieben ist und weiter bleibt!

Auch wir Buchdrucker wollen diese schöne Sitte übernehmen, wollen am Johannistage unseren großen Toten duftende Blumen, köstliche Rosen darbringen, um damit vor aller Welt und uns selbst zu bezeugen, wie ihr Andenken von uns geehrt, ihr Kämpfen und Dulden für unsere Ideale geschätzt und wie ihre Werke bei uns fortleben.

Vor knapp vierzehn Tagen ist einem unserer Größten, unserm Richard Härtel, auf Leipziger Boden, dem Höhenpunkte der Buchdruckerkunst, eine Huldbildung ohnegleichen, sind ihm Kränze und Blumen in Hülle und Fülle geworden. Die deutsche Buchdrucker-gehilfenschaft hat damit bewiesen, wie das Volk jene seiner Toten zu ehren weiß, auf die das Wort: Denn ich bin ein Mensch gewesen, und das heißt ein Kämpfer sein, vollgültige Anwendung findet.

Heute nun gilt es einen Mann zu feiern, des Name in der Geschichte aller Zeiten an erster Stelle prangen wird: Johann Gutenberg. Seinem großen Geiste verdankt die Menschheit die geniale Erfindung des Buchdruckes und indirekt damit aller Vielfältigungskunst. Dem großen Mainzer haben wir ureigentlich die Befreiung aus geistiger und leiblicher Knechtschaft zu danken, ihm schreiben wir die Errichtung einer neuen Großmacht zu, die

dereinst doch den endlichen Sieg über alle Finsternis und Reaktion davontragen wird: die Presse! Wir Buchdrucker wenden deshalb am Namenstage dieses großen Mannes — am Johannistage — immer von neuem ihm unsre Verehrung und Dankbarkeit zu, schöpfen an diesem Tage angesichts der erstaunlichen Vervollkommnung seines Werkes immer von neuem frohes Hoffen für das Gelingen unsers Wirkens, für den einstigen Sieg unserer Bestrebungen und Ideale.

„Daß wir im weiten Deutschen Reiche die Kunst einzig noch pflegen“, wie es in den „Meisterfingern von Nürnberg“, dem Preisliede auf die „heil'ge deutsche Kunst“, heißt, trifft auch vollständig bei uns zu. Wir Buchdruckergehilfen dürfen uns mit Fug und Recht als die prädestinierten Sachwalter des herrlichen Erbes von Johann Gutenberg betrachten. Der große Meister war ein gar wackerer Streiter für seine gute Sache, die, wie alles, was der Wahrheit und dem Fortschritte dienlich und förderlich erscheint, auch daniebergerhalten und unterdrückt werden sollte. Aber er hat mutig gekämpft und geduldig gelitten für sein Lebenswerk, das dann der Menschheit zu so unendlichem Segen geworden ist. Und wir haben es nun seit 39 Jahren in treuliche Obhut genommen. Wir hüten es vor Niedergang und Zerfall durch unsere ehemals gleichfalls so bekämpften Bestrebungen, durch Ausbau und Vervollkommnung unsrer Organisation, dem ruhmgekrönten Werke unsers Richard Härtel.

Und wie unser großer Meister, so haben auch wir erfahren, daß man in dem Kampfe um sein Recht oft Unrecht leiden muß; aber unbeirrt um alle Irrungen und Wirrungen des Tages werden wir weiter unsers Weges ziehen und andere Leute ruhig sprechen lassen. Wir wollen keine trügerischen Hoffnungen erwecken und dann plagen sehen; wir wissen ja, daß die lauten Erfolge am wenigsten die bleibenden sind. Auf diesen Standpunkt wird sich auch die Dresdner Generalversammlung stellen, damit wir, froher und stolzer denn je, heute und später am Johannistage singen können: Daß wir des Meisters würdig sind, soll alle Welt erfahren!



Johannisnacht
Breitet die Schwingen
Leise und sacht.
Doch Jubel und Freude klingen fort
In jedem Ort,
Wo ihren Meister zu ehren,
Wo aller Erbsal zu wehren
Seine Jünger in seeliger Lust
Preisen sein Werk aus dankbarer Brust.

Blinkende Sterne —
Aus Nebelflor
Saucht in der Ferne
Der Welten Chor!
Seht, wie all' bänglicher
Gram hier vergeht,
Wo unvergänglicher
Geist uns umweht.
Kummer und Tränen,
Alles gestillt,
Endloses Sehnen
Die Seele füllt! — —

Wenn sie dann winken,
Bleichen, versinken,
Wenn dann im Osten schon
Der Morgen glüht —
Dann mahnt mit hellem Ton
Der Lerche Lied:
In neuem Ringen,
Zu heißem Vollbringen —
Es muß einst gelingen!!!



Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Dresden.

-x- Dresden, 20. Juni 1905.

Zweiter Tag.

Bei Eröffnung der Sitzung wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission erlautet, die sämtliche Mandate als gültig zu betrachten empfiehlt. Darüber entspinnt sich eine längere Debatte, in der namentlich Seip-München hervorhebt, daß es kein unwünschenswerter Zustand sei, wenn man, wie in Leipzig, nicht mehr Kandidaten aufstelle, als Vertreter zu wählen sind. Engelbad-Kassel, Klapp-roth-Hannover, Dorfchu-Frankfurt sprechen von sogenannten „Wahlumtrieben“, wie sie z. B. in Gau Frankfurt-Hessen vorgekommen sein sollen, und wünschen zum Teile entsprechende feststehende statutarische Bestimmungen. Heissmann-Flensburg meint, man könne bei den Stellvertreterwahlen nicht generalisieren, und es sei auch unbedenklich, direkte Stellvertreterwahlen vorzunehmen. Redner protestiert entschieden gegen die Kritik des Kollegen Kraft in „Corr.“ an den Wahlvorgängen. Es wird beschloffen, alle Mandate für gültig zu erklären und bei der Statutenberatung auf eine bestimmte Regelung zurückzukommen. Sodann wird in der Beratung des gestern abgebrochenen Punktes fortgefahren.

Steinbrück-Dresden meint, mit der Erweiterung der Machtbefugnisse der Gauvorstände würden wir lediglich 22 Zentralvorstände erhalten. Außerdem würde noch die Disziplinlosigkeit gefördert werden. Redner empfiehlt, die gestellten Anträge pure abzulehnen.

Faber-Berlin verwundert sich, daß man in der Debatte einen gewissen Gegensatz zwischen Berlin und der Provinz zu konstruieren versucht habe. Auch unser Organ habe das wiederholt getan. In Wirklichkeit seien es Kollegen aus der Provinz, die man als „Berliner“ bezeichne. Redner geht auf die Entwidlung der Verhältnisse in Berlin ein, die eben berücksichtigt werden müssen. Die Abiperrung des Arbeitsmarktes in Berlin sei einfach eine Notwendigkeit, wenn z. B. im Sommer 1000 bis 1400 Arbeitslose vorhanden sind. Wenn Döblin seit einem halben Jahre seine Verammlung mehr besucht, so muß ich mich auf dessen Standpunkt stellen, wenn man bedenkt, wie ihm mitgeteilt wurde. Das Berliner Vereinsleben steht eben nicht mehr auf der Höhe, wofür es gehört. Sodann behandelt Redner die Vertrauensmännerfrage, die in Anbetracht der Berliner Verhältnisse nicht leicht abgetan werden könne.

Es wird ein Antrag auf zehn Minuten Redezeit eingebracht. Der Antrag wird abgelehnt.

Fuchs-Mannheim erklärt sich gegen die Erweiterung der Machtbefugnisse der Gauvorstände und verlangt die Ablehnung sämtlicher hierzu gestellter Anträge. Das, was die Gauvorsichterkonferenz im vorigen Jahre abgelehnt hat, verlange man jetzt gefälligst zu sanktionieren. Der Berliner Gauvorstand verlange, daß man im Verbande nur die Meinung des genannten Vorstandes haben dürfe, oder man werde nach allen Regeln der Kunst abgeschlachtet. Im Interesse unseres Verbandes bittet Redner um Ablehnung der gestellten Anträge.

Wach-Berlin erklärt, daß in Berlin besondere Schwierigkeiten vorhanden sind, die berücksichtigt werden müssen; daraus erklären sich die Berliner Anträge. Redner erteilt im Laufe seiner Rede, wie notwendig es sei, daß den Vertrauensmännern ein höherer Schutz zuteil werde.

Man solle doch einzelne Fälle, wo die Differenzen in den einzelnen Geschäften und (dem Gauvorstande) zur Last gelegt werden, nicht generalisieren. Bezüglich der Differenzen mit dem Zentralvorstande müsse eine Einigung erzielt und von beiden Seiten zurückgekehrt werden. Prinzipielle Dinge müssen natürlich ausgemacht werden. Es sei vom Zentralvorstande auch nicht immer richtig gehandelt worden. Man kämpfe gegen Massini, trotzdem er stets an erster Stelle gewählt werde.

Gräßmann-Essen kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß entweder die Berliner Kollegen ihre hier ausgesprochenen Gedanken nicht zu Ende denken, oder daß sie nicht aussprechen wollen, was man will. Auf die Tarifgemeinschaft näher eingehend, sagt Redner, daß die Institutionen vom Tarife gar nicht zu trennen sind, ohne die ganze Tarifgemeinschaft aufzugeben. Andererseits dürfe man aber auch die Tarifgemeinschaft nicht überschätzen; ich betrachte sie als eine Waffe, die man wegwirft, wenn sie stumpf wird. Zu den gestellten Anträgen übergehend, erklärt sich der Redner dieselben aus dem föderativen Charakter unseres Verbandes, geht sodann auf die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen ein, erläutert die praktische Arbeit der Mitglieder jenes Gau's, erklärt, daß der Gauvorstand ebenfalls schon in Differenzen mit dem Zentralvorstande gekommen sei, schildert die Mißstände, die sich auf tariflichem Gebiete für die Mitglieder in Rheinland-Westfalen ergeben, und daß der Zentralvorstand mit der Unterstützung nach § 2 etwas freigeberiger sein müsse. Es komme hierbei nicht in Betracht, eine höhere Unterstützung heranzuschlagen, sondern der Zweck sei die weitere Einführung des Tarifes. Redner geht dann speziell auf Vorgänge in gemischten Betrieben ein, wo unsere Kollegen gemeinsame Sache mit dem übrigen Personal zu machen gewillt waren, aber der Zentralvorstand habe seine Zustimmung verweigert. Und doch habe man immer nur seine Genehmigung bei solchen Konfliktfällen gegeben, wo ein Erfolg mit Sicherheit zu erwarten war. In vielen Fällen würde man einen Erfolg haben, wenn man schnell handeln könnte und nicht erst nach Berlin sich wenden müsse. Redner empfiehlt deshalb die Annahme der gestellten Anträge.

Domine-Frankfurt a. M. leitet die zu diesem Punkte gestellten Anträge Berlins vom Gesefühle her, dem Massini zu breiten Raum gebe. Eine Erweiterung der Rechte der Gau- und Bezirksvorstände kann Redner nicht empfehlen, da man diesen damit die Kasien des Verbandes zur Verfügung stelle. Durch das Vorgehen Berlins habe man nur eine Stärkung der Prinzipalsorganisation herbeigeführt. Redner empfiehlt, es bei den bisherigen Verhältnissen zu belassen.

Rischner-Stettin schiebt die Schuld an den Berliner Zuständen dem Gauvorstande zu, der sich in eine Sackgasse verlaufen hat, aus der er nicht wieder heraus kann. Redner wendet sich gegen die gestellten Anträge, die den Zentralvorstand zu einer Sackgasse machen oder zu einer Null. Andererseits würden in Berlin dadurch die Reibungsflächen nur vermehrt werden. Redner warnt vor Annahme der gestellten Anträge.

Gebel-Berlin wendet sich gegen den Jahresbericht des Zentralvorstandes, soweit er Vorwürfe gegen die Berliner Kollegen enthält, die belegen, daß eine Disziplinlosigkeit unter der Berliner Kollegenschaft herrsche. Man habe in den letzten drei Jahren ein Duzend Fälle herausgefunden, wo angeblich die Kollegen feindsüchtig haben sollen, ohne zu bedenken, daß auf der andern Seite das Sündenregister ein weit größeres sei. Zur Hilfsarbeiterfrage übergehend, erklärt Redner, daß man niemand aus dem Tarif-

vertrage heraus zwingen könne, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, für die wir nicht die geringste Achtung haben können. Redner hält es nicht für richtig, daß Döblin seine Verammungen mehr besucht. Er solle doch diesen Standpunkt aufgeben und wieder kommen. Wir werden ihn freudig begrüßen. Sodann polemisiert Redner ausführlich gegen Missial.

Döblin erklärt, daß dort, wo nach menschlichem Ermessen vor Ausbruch eines Konfliktes eine Verständigung nicht möglich war, der Zentralvorstand seine Unterstützung nicht verweigert habe und nicht verweigern werde. Andererseits werde er in Zukunft das weiteste Entgegenkommen zeigen, aber die Integrität des Verbandes müsse aufrecht erhalten werden. Sollte also ein Vorstand unvorhergesehenen Ereignissen gegenübergestellt werden, werde der Zentralvorstand dieser Sachlage Rechnung tragen, wie er es ja immer getan.

Hildenbrand-Stuttgart berührt sich bei dieser Erklärung und meint, daß man damit die Debatte über diesen Punkt beendigen könne.

Rosenlehner-Bremen zieht den Antrag Bremen, Michaelis-Erfurt den Antrag Erfurt zurück.

Müller-Essen genügt diese Erklärung Döblins nicht und verlangt Garantien, daß ein größeres Entgegenkommen seitens des Zentralvorstandes in der Zukunft gezeigt werde.

Engel-Berlin verlangt Einsetzung einer Kommission, welche eine entsprechende Resolution fassen und der Versammlung vorlegen soll.

Hildenbrand-Stuttgart bringt folgende Resolution ein, die gegen 32 Stimmen angenommen wird:

Die Generalversammlung akzeptiert die Erklärung des Zentralvorstandes, den Gauvorständen so wie bisher bei unvorhergesehenen Ereignissen die Entscheidung zu überlassen, unter Wahrung einer einseitigen, die Interessen der Gesamtkollegenschaft Deutschlands berücksichtigenden Aktion. Sie beschließt unter Anerkennung der feierlichen Haltung des Zentralvorstandes über die Anträge betreffend die Erweiterung der Rechte der Gauvorstände zur Tagesordnung überzugehen.

Damit hat sich dieser Punkt erledigt. Eingeschrieben sind noch 28 Redner!

Massini erklärt, durch den Schluß der Debatte nicht in der Lage gewesen zu sein, alle die Vorwürfe und Angriffe zurückzuweisen, die gegen ihn erhoben worden sind. Zu persönlichen Bemerkungen nehmen noch das Wort Missial-Berlin, Stoy-Chemnitz, Woniński-Berlin, Gebel-Berlin.

Gegen 6 Stimmen wird der Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes genehmigt.

Zum Punkte II der Tagesordnung beantragt Bogemik-Leipzig, die Behandlung desselben in nichtöffentlicher Sitzung.

Döblin bedauert zwar, daß wir die öffentliche Behandlung notwendig haben, aber hier muß der Öffentlichkeit in weitestem Maße Aufklärung gegeben werden, damit sie sieht, daß nicht anders gehandelt werden kann, wie gehandelt worden ist. Behandeln wir die Sache unter Ausschluß der Öffentlichkeit, müssen wir nach Instruktionen handeln, die der Majorität nicht zur Kenntnis gelangen, die sie nicht versteht und deshalb irre an ihren eignen Vertretern wird.

Es wird beschloffen, diese Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Sängerfahrt der „Typographia“-Hannover nach Bielefeld-Detmold.

Der schwarze Kunst vielfältig Leib,
Bergelt! Gesang uns allezeit!

Ein Wetter zum Verlieben — parodon, zum Reizen — und demzufolge bei der recht ansehnlichen Teilnehmerzahl von 150 Personen (darunter etwa 50 Damen und 70 Sänger), welche sich am ersten Pfingstsonntag auf dem Bahnhofe zu dieser Fahrt eingefunden hatten, lauter fröhliche Gesichter. Nur schade, daß allemal der Nervus rerum das gewichtige Wortlein mitredet; deshalb auch die knappe Zeitbemessung und darum auch die „vierte Güte“, in der zu fahren bei einer solchen Hitze ja gewiß kein Spaß ist. Ein prüfender Blick aber auf die heitere, ausgelassene Korona und aus ihr's mit allem Weltchmerz, aus ihr es auch mit dem Fluchen und Verwünschen der „standesgemäßen“ Klasse.

Und nun heute — erster Pfingsttag! Es ist, als ob der Mensch seither eingeeignet gewesen und sich nun der Pfingsttour aus eines glücklich errungenen Bestes erfreut, zugleich den Beschenden die Mahnung zureufend: Hier habt ihr etwas verümt und euch entgehen lassen! Nun diesen lässigen und Säumnigen wird wohl Gelegenheit geboten werden, ihr diesmaliges Fernbleiben durch Beteiligung an der nächsten großen Sängerkonferenz oder noch besser an dem nächsten Buchdruckerfängertage wieder wett zu machen, wenn der zweite etwas mehr nach Norden (vielleicht Kassel oder Magdeburg?) verlegt werden kann, wozu man wohl in Leipzig schon Stellung genommen haben wird.

Doch nun zur Sängerkonferenz selbst. Nach Antritt in Bielefeld und kurzer Rast im dortigen Vereinslokale, wo uns eine recht geschmackvoll ausgestattete Feststube überreicht wurde, führte uns ein Spaziergang durch die Stadt nach der herrlich gelegenen Sparenburg. Die offizielle

Begrüßung war auf dem Johannisberge vorgeesehen, wo nach Verklingen je eines Chorliedes und Austausch herzlicher Begrüßungs- und Erwidrerungsworte der beiderseitigen Lieberwäter Kollege Mirow den Empfindungen in humorvoller Weise Ausdruck verlieh und zum Schluß eine brausend erwidertes Hoch auf unsern Verband ausbrachte. Die hieran anschließende gemeinschaftliche Mittagstafel war tatsächlich geeignet, jedem Teilnehmer eine erfreuliche Seite abzugewinnen, und es war daher wohl zu verstehen, wenn ein Teil der Lieberbrüder die „Verwaltigung“ ihres Korpus mit einem Nachmittagsspaziergang durch eine süße Sestia im Bielefelder Natisteller zu umgehen suchte. Die Naturfreunde kamen jedoch ebenfalls auf ihre Kosten, ja sie betrachteten sich sogar als die alleinigen Glückseligen.

Abends 6 Uhr begann dann das Konzert der beiden Liedertafeln, das Programm umfaßte nicht weniger als 22 Nummern. Zu Grunde genommen sind uns diese langen Programme verhasst; doch wenn dasselbe wie hier durch vorteilhafte Arrangierung der einzelnen Nummern eine stete Abwechslung bietet, vermag es auch an einem sonnigen und heißen Juniabende eine fröhliche und erfreuliche Stimmung zu erzeugen. Gesang und Humor sind mit Recht die mouffierenden Elemente des Lebens, und beide Liedertafeln weitestgehend despaß miteinander, das Herz des Hörers zu begeistern. Außer Soli, Duetten, Singpielen und gemeinschaftlichen Liedern (von köstlichem Lokalfumor durchweht) fand das Programm neben dem gemeinschaftlich gesungenen Chor „Das deutsche Lied“ von Kallwoda noch durch folgende Chorlieder der beiden Liedertafeln seine Verschönerung. Graphischer Gesangverein (50 Sänger): „Mein Schifflein“ von Bestmitt, „Mutterliebe“ von Voigt, „Wach auf, mein Lieb“ von Schrader. Namentlich diese letzten beiden Nummern riefen starken Beifall hervor. Liedertafel Typographia (70 Sänger):

„Waldbendenschein“ von Fischer, „Brautfahrt in Harbanger“ von Kierulff, „Komm, o komm“ von Kremser und „Spinn, Spinn“ von Jüngst, bei dem das gute Material im ersten Paß zur Geltung kam. Dann weiter noch als neues „Zieh mit“ von Angerer und „Wach auf“ mit Maritonsolo, eine Komposition des gesängerten Hannoverischen Dirigenten Herrn Kapellmeister C. Wöhlke. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, Kritik zu üben, um so weniger, als das Festlokal, weil kein Podium vorhanden und deshalb von der Bühne aus gesungen werden mußte, die Hauptbedingung nicht erfüllte. Beide Liedertafeln haben unstreitbar ihr Bestes eingesetzt, und wenn man die Anstrengungen in Betracht zieht, die an solch einem Tage an den einzelnen Sänger gestellt werden, so können wir unser abschließendes Urteil nur in die Worte zusammenfassen: die Durchführung des Programms war eine vorzügliche.

Da für den zweiten Tag eine Tour nach dem Hermannsdenkmal und nach Detmold vorgeesehen war, mußte wohl oder übel — noch ehe die Freuden voll ausgekostet waren — der Konmerz gegen 12 Uhr nachts abgebrochen werden; die üblichen Sezessionsorden haben sich freilich auch hier eingestellt — doch darüber schweigt des Sängers Höchstlichkeit.

Kaum, daß der erste schwache Sonnenstrahl in das Dampfgewoge der Nacht hineinblitzte, mahnte kräftiges Pochen an der Zimmertüre, daß wir uns aus Morpheus Armen frei zu machen hätten. Es fiel manchem freilich etwas schwer, aber im Handumdrehen zeigte unser Barometer statt „Veränderlich“ „Schön Wetter“. Vollends wurden aber die „Nebel der Nacht“ zerteilt, als uns bei dem Kaffeegespräch die unerwartete Mitteilung wurde, daß neben dem Nachtquartiere auch für diese „Kleinigkeit“ von unsern Bielefelder Lieberbrüdern die Finanzierung übernommen war. Kurz: wir waren offenbare Schö-

Zum Punkte II der Tagesordnung:
„Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage“ liegen 24 Anträge aus 24 Orten vor.

Das Wort nimmt hierzu als Referent Kollege Schlichter-Berlin. Redner wendet sich gegen den Berliner Antrag, der die Kündigung des Tarifvertrages verlangt. Dann solle man aber lieber sagen, daß man die Tarifgemeinschaft nicht will, daß man mit ihr nichts weiter zu tun haben wolle. Die Berliner Kollegen haben sich jedenfalls bei der Fassung dieses Antrages seine Wirkung nicht überlegt. Wenn wir berücksichtigen, wie die Tarifgemeinschaft von 1873 bis 1896 beschaffen war, und wenn die mit dieser Tarifgemeinschaft gemachten Erfahrungen maßgebend hätten sein können, dann könnte ich den Berliner Antrag verstehen. Heute können wir aber auch einsehen, daß die tariflose Zeit von 1891 bis 1896 die Gehilfenschaft in die schlimmste Lage gebracht hat, daß die Gehilfenschaft sich ungeheuer vermehrte, daß die Arbeitszeit in die Höhe geschraubt wurde und der Lohn zurückging; daraus müssen wir doch lernen! Nach der Halleischen Generalversammlung haben dann infolge Eingehens der Tarifgemeinschaft unlautere Elemente versucht, die Gehilfenschaft zu veranlassen, ohne Tarifgemeinschaft sich eine bessere materielle Position zu sichern, während aber feststeht, daß der 1896 eingeschlagene Weg sich als richtig erwiesen hat. Es ist unverantwortlich, mit einem solchen Antrage alles in Frage zu stellen. Welche Wirkung werden wir auf die kleineren Gewerkschaften ausüben, wenn sie, die unseren tarifgemeinschaftlichen Spuren gefolgt sind, heute von dieser selben Organisation sehen müssen, wie sie von der Tarifgemeinschaft sich abwendet? Mit dem Berliner Antrage wird alles vernichtet, was wir in den letzten zehn Jahren erreicht haben! Seit 1897 haben sich die tariftreuen Gehilfen von 18340 auf 45800 vermehrt. Wenn trotzdem nicht jeder dieser Gehilfen als völlig tariflos anzusehen ist, so ist trotzdem der Erfolg ein ganz kolossaler. Leider kümmern sich die Gehilfen noch viel zu wenig um den Tarif, selbst dort, wo es ihren Geldbeutel betrifft. Und alles in allem ist es heute ein Frevel, zu sagen, wir wollen die Tarifgemeinschaft preisgeben. Es mag in Berlin etwas Berufliches darin liegen, insofern örtlicher Vorgänge sich auf den Standpunkt zu stellen, es ohne Tarifgemeinschaft einmal zu versuchen. Sollte aber Berlin unter Aufgabe der Tarifgemeinschaft versuchen, für sich einen Tarifvertrag abzuschließen, würden die Kollegen von Orten, wo die Löhne noch rückständig sind, Berlin übersüßen und die besseren Lohnverhältnisse bald in das Gegenteil verkehren. Es ist aber Aufgabe der Solidarität der deutschen Gewerkschafter, auch dem schwachen Bruder zu helfen, auf manches zu verzichten, um den andern nachkommen lassen zu können. Geht man in Berlin über das hinaus, was der Provinz möglich ist, so dient man nicht der Allgemeinheit. So wie Berlin es will, schließt man keine Tarifverträge ab. Ein klassisches Beispiel, wie man Tarifverträge abschließt, bietet uns Oesterreich, wo trotz monatelanger, nichtöffentlicher Verhandlungen die Gehilfenschaft ein selbstenvertrautes Vertrauen zu ihrer Leitung befand, während man bei uns bei gleichem Vorgehen die Gehilfenvertreter schon längst zur Strecke gebracht hätte. Die Behauptung, daß der Verband bei dem Tarifvertrage ausgeschlossen sei, kann ich nicht als richtig anerkennen, denn unsere mehr als 300 Mitarbeiter in der Tariffache sind doch alle Verbandsmitglieder. Wenn die Gewerkschaften klagen, daß sie infolge der Tarifvereinbarungen ausgeschlossen seien, so verstehe ich das nicht, denn darüber mußten wir uns doch klar sein beim Abschluß des Tarifvertrages. Andererseits klagen die Gewerkschaften über

Ueberhäufung mit Arbeit; sie sollten also froh sein, daß ihnen ein Teil Arbeit abgenommen wird. Redner schildert nun den Einfluß des Wachstums der Tarifgemeinschaft auf das Wachstum des Verbandes. Mit diesem geht Hand in Hand die ziffermäßige Erhöhung des Vermögens unseres Verbandes. Unsere Organisation hat durch den Tarif an Ansehen bei den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit gewonnen. Massini hat gefaselt gesagt, daß die Tarifgemeinschaft das Vertrauen zwischen Zentral- und Gewerkschaft zerstört hätte. Ich kann mir dies nicht erklären, wenn man nicht sagen will, daß ich zum Schaden der Gehilfen gearbeitet hätte, und daß ich dieses Verhältnis gestört hätte. Andererseits kann ich aber feststellen, daß ich mit Ausnahme des Berliner Gewerkschaftes mit allen anderen Gewerkschaften harmonisch zusammenarbeite. Den Streit kann ich ebenfalls nicht verstehen, wer eigentlich das Meiste für die Tarifgemeinschaft getan hat, denn es ist doch das Produkt unserer Zusammenarbeit. Der Störfriede in dieser Zusammenarbeit ist der Berliner Gewerkschaft. Redner schildert des weitern, wie gerade in Berlin die Tarifinstitutionen besessen waren, auf Ansuchen einzugreifen, um Differenzen zu beseitigen, mit welchen der Gewerkschaft nicht fertig werden konnte. Kollege Schlichter gibt ferner eine Schilderung der Entwicklung des bis heute bestehenden Konfliktes zwischen dem Tarifamt und dem Berliner Gewerkschaften. Wie dort, hat man auch in Leipzig die Absehung der Schiedsrichter erreicht. Es hätte sich aber in Leipzig der öffentliche Eklat vermeiden lassen, da vor der unternommenen Aktion ich an den Kollegen Engelbrecht geschrieben habe, daß das Tarifamt sich bemühen werde, den Schiedsrichter zu korrigieren. Ich verstehe ja den Standpunkt der Leipziger Gehilfenführer, aber eine Begründung, daß die Schiedsrichter nicht genügend proletarisches Empfinden gezeigt hätten, das ist kein maßgebender Grund, sonst stellt man ein Schiedsgericht auf den Standpunkt des Klassenkampfes. Redner beklagt, daß man in Berlin mit den kleinsten Klagen an das Schiedsgericht komme, daß man in Berlin seitens des Gewerkschaftes den Kollegen Recht gebe, wo sie es gar nicht besitzen, und wenn dann infolge eines abweisenden Urteils durch das Schiedsgericht der betreffende Kollege nicht Recht bekommen könne, dann sage er: Ja, beim Gewerkschaft habe ich Recht bekommen, aber die Gehilfen im Schiedsgericht haben kein Rechtsempfinden! Dadurch werde das Vertrauen in die Tariforganisation erschüttert. Zur Vertrauensmännerversammlung übergeben gibt Schlichter eine Darstellung über die sich feinerzeit in Berlin aufeinander häufenden Konflikte. Ich hatte deshalb Massini zu einer Besprechung eingeladen und meine Auffassung über die Berliner Verhältnisse Massini mitgeteilt. Das von Woultig gestern verlesene Zirkular, das als skandalös bezeichnet wurde, ist von mir verfaßt. Massini meinte damals, das wäre ja ganz gut, aber wir müssen auch die Prinzipale veranlassen, daß sie das Schiedsgericht anrufen. Ich habe deshalb auf Wunsch des Kollegen noch einen Schluppassus angefügt. (Redner verliest das Zirkular.) Ich muß sagen, daß dieses Zirkular eine Schädigung der Gehilfeninteressen nicht bedeutet. Uebrigens hat Massini selbst in einer Versammlung die Gehilfenschaft darauf aufmerksam gemacht, daß es so nicht weiter gehen könne, und daß die Schiedsgerichte anzurufen seien. Wenn dann trotzdem die Gehilfenschaft nicht darauf hört, ist die Hinausgabe eines solchen Zirkulars berechtigt. Es ist mir aber dabei nicht eingefallen, den Prinzipalitäts das Recht zu nehmen, ohne Anrufung des Schiedsgerichtes irgend einen Gehilfen zu entlassen. Und daß diese meine Auffassung über den Inhalt des Zirkulars richtig war, wurde mir von allen anderen Teilnehmern jener Sitzung

bestätigt. Diejenigen Prinzipale, die es mit der Tarifgemeinschaft ehrlich meinen, haben doch gar kein Interesse daran, daß die Vertrauensmänner nicht geschädigt sind. Man muß von Fall zu Fall entscheiden in der Frage der Vertrauensmänner, die oft in rücksichtsloser Weise ihr Amt mißbrauchen. Und auch den Faktoren und Obermaschinenmeistern gegenüber, über deren Behandlung, die sie dem Personale zuteil werden lassen, man oft klagen muß, ist das Verhalten der Gehilfen auch nicht immer korrekt. Wenn wir jede einzelne Entlassung vor das Schiedsgericht bringen wollten, dann wäre das ebenso haltlos wie unberechtigt. Redner erläutert drastische Beispiele, wie man aus berechtigten Entlassungen Schiedsgerichtsfragen konstruiert habe. Bezüglich der Wirksamkeit der Anordnungen von Behörden zugunsten unserer Tarifverträge herrscht in Berlin ebenfalls eine ganz falsche Vorstellung, vielleicht auch deshalb, weil sich hier Ausbeutung und Wirksamkeit der intimen Beurteilung entzieht. Aber der Erfolg, den wir durch die Erlasse der bayerischen, der hessischen Regierung usw. erreicht haben, ist ein begründetes und dankenswerter. Auch hier illustriert der Redner durch Beispiele diese Tatsache. Von dem Moment an, wo aber der Tarifvertrag aufgehoben würde, würden zweifellos die Behörden ihre Erlasse zurückziehen, und wir würden auf der ganzen Linie zurückgeworfen werden. Zu dem Abschluß des Tarifvertrages zwischen den einzelnen Organisationen übergehend, schickt Redner voraus, daß die materiellen Forderungen des Berliner Antrages unerfüllbar seien. Wenn man nun bei dem Abschluß eines Tarifvertrages auf der einen Seite den Verband nenne, wer solle dann der andere Teil sein? Ich kann von mir sagen, daß ich seit langem bestrebt bin, bei der Prinzipalitäts Gegenliebe für die Wünsche der Gehilfen in dieser Frage zu finden. Durch das Vorgehen der Berliner Gehilfen hat sich aber bei der Prinzipalitäts der Standpunkt heraus entwickelt, daß sie mit einer Gehilfenschaft, deren oberste Leitung solche Dinge nicht verhindern kann, in gewinnlicher Weise keinen Tarifvertrag abschließen kann. Massini hat nun gesagt, was uns die Gewerbeordnung gibt, lassen wir uns durch den Tarif nicht rauben. Was soll das heißen? Es ist ein Unterschied darin, was das Gesetz befragt und was den Inhalt eines privaten Vertrages betrifft, der auf Treu und Glauben abgeschlossen ist. Wenn man trotz eines solchen Vertrages ohne zwingenden Grund die Arbeit niederlegt, müsse den Prinzipalen auch das Recht zustehen, das Personal hinauszuwerfen. Bezüglich der Aufnahme der Stereotypen und Korrektoren in den Tarif hat das Tarifamt zu erkennen gegeben, daß es einer Aufnahme dieser Berufsgruppen in den Tarif nicht unympathisch gegenüberstehe und demgemäß dürfte auch der Tarifauschuss entscheiden. Den von München gestellten Antrag auf Abschaffung des Berechnens kann Redner nicht billigen, weil das Berechnen den Regulator für die Lohnfestsetzung bildet. Das Anstreichen des Saftes ist eines jener unangenehmen Dinge, über die wir bis jetzt nur unvollkommen hinweggekommen sind. Aber er gibt auch eine Kontrolle, die berechtigt ist, und das ist auch in anderen Gewerben der Fall. Redner demonstriert, wie eine solche Kontrolle absolut als zulässig mitunter zu betrachten ist. Bezüglich der Maschinensteuer ist ja doch schon 1904 vom Tarifamt beschlossen worden (Redner bezieht sich auf einen vorliegenden Antrag), daß in etwa einem Jahre die Prinzipale wissen müssen, was ihre Maschine leistet, so daß damit sich die Kontrolle erledigt hatte. Schlichter verbreitet sich dann über den § 6, den das Tarifamt jüngst kommentiert hat, wonach es z. B. nicht angängig, daß drei Zellen fetter Saft als spärlicherer Saft zu berechnen sei. Massini überführt, daß das Tarifamt den Kollegen auch viel nütze, trotzdem es tariflich nicht dazu verpflichtet sei. In Oesterreich sei es wegen eines solchen Falles (Monotype) vor kurzem zum Abschluß der Tarifverhandlungen gekommen. Zum Kost- und Logiszwange bemerkt Redner, daß es nur ganz wenige Druckereien an exponierten Orten gibt, wo der Kost- und Logiszwang noch besteht und wo oft die Verhältnisse dazu zwingen. Den Antrag zum Staffeltarife, sagt Redner, könne die Prinzipalitäts absolut nicht akzeptieren. Die Obligatorisierung der Arbeitsnachweise ist nicht zu erreichen, auch nicht zu wünschen. Wir würden auch vielen Kollegen die Möglichkeit nehmen, sich zu ihren Gunsten im Arbeitsverhältnis zu verändern. Redner erläutert sodann, welche Unannehmlichkeiten sich die Gehilfen in der Arbeitsnachweisefrage selbst bereiten. Der obligatorische Nachweis würde sich in Berlin zu einem Bankfall unter uns selbst entwickeln. Beispielsweise würde ein Kollege, der längere Zeit schon in einem Geschäft gestanden und wegen Arbeitsmangels entlassen wird, niemals wieder in das Geschäft zurückkommen können. Es gibt auch Kollegen, die man in alle Geschäfte nicht schicken kann. Es ist eine Unmöglichkeit, diesem Antrage praktische Folge zu geben. Der Antrag auf Erhöhung des Minimums der Auslassungskonditionen ist in der gestellten Weise nicht annehmbar. Wenn Massini selbst gesagt habe, auf dem Arbeitsnachweise halte sich der „Brud“ auf, so können Sie doch nicht verlangen, daß diese Leute nun zu einem höheren Minimum ansagen sollen! Der tüchtigere Arbeiter müsse eben nach dem Antritte seiner Arbeit höhere Bezahlung verlangen. Im übrigen erklärt Redner, daß es nicht immer möglich sei, allen Anregungen aus Gehilfenkreisen zu entsprechen. Bei der tariflichen Arbeit müssen beide Teile getrennt vorgehen; es geht nicht, daß die Gehilfenorganisation auf die Tarifinstitution einen Einfluß ausübe, sonst müßte man das der Prinzipalsorganisation

kinder des Glücks, solch einen Pfingstmorgen zu erleben, und unsere Gastgeber haben in puncto Kollegialität tatsächlich den Vogel abgeschossen. Doch das alles ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und es hiesse „Meine Lagen nach Hannover tragen“, zu versuchen, diese Gastfreundschaft unserer Bielefelder Sangesbrüder mit Worten zu schildern.

Mit weit über 300 Personen wurde kurz nach 5 Uhr die Fahrt nach Horn angetreten; in Detmold schlossen sich unsere dortigen Kollegen ebenfalls an, welche nun die Führung übernehmen.

Sollen wir nun, verehrter Leser, die schöne Tour nach den Externsteinen, dem Hermannsdenkmale, diesem historischen Boden, der die vaterländische Geschichte in uns wach ruft, oder die von den Kollegen in Detmold mit Neben und Gesang unternommenen — namentlich die Begrüßungsworte des Kollegen Otto haben uns sehr bewegt — arrangierten Willkommen- und Abschiedsfunden herausheben? Dieses wäre ein vergebliches Bemühen! Es würde uns gar nicht oder nur teilweise gelingen. Glauben wir deshalb den Worten eines kundigen Ehebaners: Es waren herrliche Pfingsttage, von unseren Gastgebern mit einem Füllhorn der schönsten Gaben überschüttet! Zugleich wurde aufs neue der Beweis geliefert, daß echte und wahre Kollegialität sich nicht durch stürmische Versammlungen und scharfe „Corr.“-Artikel herbeizubringen läßt, sondern einzig und allein durch die Kollegenschaft in die Alltätigkeit hineingetragen werden muß, und dieses haben unsere Bielefelder Sangesbrüder und Detmolder Kollegen aufs vorzüglichste verstanden. Es ist ihnen gelungen, sich die Anerkennung aller Teilnehmer und namentlich auch unserer Damen im besten Maße zu erringen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß unsere Hamburger Freunde und Bielebrüder sich unserer durch ein Telegramm nach dem Hermannsdenkmale erinnerten, das

freudige Aufnahme fand und durch Hünsh-Bielefeld mit einem Hoch auf die Liebertafel Gutenberg-Hamburg beantwortet wurde.

Es bedarf in der Tat keines besondern Scharfblickes, um zu erkennen, daß nach solch froh verlebten Stunden der Gebaute an die Trennung als ein lästiger weit hinausgeschoben wurde. Doch schließlich nützt auch die hartnäckigste Weigerung nichts: es mußte geschieden sein! Jedoch nicht, ohne vorher noch einmal der Gastfreundschaft und Aufopferung unserer Bielefelder und Dortmunder Freunde in Dankbarkeit gedacht zu haben.

So soll denn auch der Wahnspruch unserer Bielefelder Sangesbrüder auch an dieser Stelle noch einmal wiederklängen:

Dem Verbanne die Treue,
Dem Leide die Gnuß,
So bilig' stets auß' neue
Die graphische Kunst!

Ein Ereignis verdient noch festgehalten zu werden, welches zeigt, daß wir uns tatsächlich auf historischem Boden bewegten. Das, was sämtliche Altertumsforscher bis jetzt vergeblich versucht, ist einigen Bielefelder Sangesbrüder gelungen: sie fanden jenen historischen Köffel, mit welchem der durch das Hermannsdenkmal verkörperte große Deutsche vor der denkwürdigen Ritterschlacht zum letztenmale zu Mittag gegessen. Das es derselbe ist, dafür bürgt Kollege Witow, welcher bei der Mittagstafel auf der Großenburg unter Auslösung stürmischer Heiterkeit den Köffel mit humorvollen Worten dem Lieberwäter unserer Typographie überreichte.

Wir werden dieses Kleinod zu schätzen wissen und als teure Reliquie — sofern uns Kleinmütigkeit Vergaßtheit anzuwenden sollte — mit philologisch-gelehrter Miene betrachten und uns der herrlichen Pfingsttage von 1905 für alle Zeit gern erinnern!

-i-, Hannover.

auch zugehören. Sie stehen morgen vor folgenschweren Entschlüssen, mögen Sie sich des Ernstes der Situation bewußt sein!

Knie-Stuttgart erklärt eingangs, es fällt schwer, nach einem Referate, wie das gehörte, zu sprechen, zudem, wenn man die gleichen Anschauungen hat. (Kollege Knie ist wohl so freundlich, deshalb dem geplagten Berichterstatter zu gestatten, während dieser Rede eine „Kunstpause“ zu machen.)

Engel-Berlin ist der Meinung, daß durch den Tarif die Erziehung der Mitglieder als Gewerkschaftler gelitten habe. Der Verband sei durch den Tarif bei Erfüllung seiner Aufgaben geschädigt worden. Das hohe soziale Wert unsers Tarifes ist innen hoch. Im Schiedsgerichte sind wir so gut wie gar nicht vertreten, weil bei Stimmengleichheit eine Klage als abgelehnt gilt. Wenn die Lehrlingszahl bei den Druckern nicht der der Seher gleichgestellt wird, dann werden wir einem solchen Tarife nicht zur Durchführung verhelfen. Außerdem ist im Tarife die Solidarität nicht ausgedrückt, die wir anderen Arbeitern schulden.

Heilmann-Hensburg meint, daß wir die durch die Tarifgemeinschaft gewonnenen Mitglieder eben zu tüchtigen Mitgliedern zu erziehen haben. Redner verbreitet sich dann ausführlich über den Abschluß des künftigen Tarifvertrages, den zwischen den Organisationen abzuschließen unser Bestreben bleiben müsse. Aber wie die Situation heute im Gewerbe liege, sei wohl für die nächste Zeit dieser Abschluß nicht zu erreichen, schon wegen der verhältnismäßig numerisch weit schwächeren Prinzipalsorganisation. Redner plädiert dafür, daß wir durch feste Arbeit endlich einmal zu dem Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation kommen. Vorbedingung sei, daß das Koalitionsrecht zunächst in den Tarif aufgenommen werde. Weiter geht Redner auf die Hilfsarbeiterfrage ein und fragt, ob Eisler einen in der Parteipresse enthaltenen Anspruch in dieser Sache getan habe.

Zum Schluß der heutigen Sitzung verliest Böblin nachfolgende Begrüßungstelegramme und -schriften:

Der gegenwärtigen Tagung unrer Delegierten entbiete hiermit die aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche. Möchten doch die Verhandlungen dazu beitragen, das Verbandsdilemma, schwer gefährdet durch die nur von einzelnen Kollegen hervorgerufenen Gegenätze und Strömungen von Berlin und Leipzig, sowie durch die Gegenätze „Korr.“-Redaktion zu einem großen Teile der Kollegenerschaft, wieder ins rechte Fahrwasser zu geleiten, eingedenk des Wortes: „Einigkeit macht stark.“ Ich persönlich bin mit der Schreibweise des Kollegen Reghäuser durchaus einverstanden.

Johann Heggen-Düsseldorf.
Gesunde Beratungen! Die Tischrunde im Vereinslokale bei Gleich in Bremen. (Folgen zwölf Unterschriften.)

Außerdem fandte noch die Frühjahrsopfengemeinschaft St. Johann-Saarbrücken eine Begrüßung.

* * *

-x- Dresden, 21. Juni 1905.

Dritter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung erklärt Massini, daß die Berliner Kollegen ihren Antrag auf Kündigung des Tarifes zurückziehen, nachdem durch die Erklärungen des Kollegen Schliebs zu erkennen, daß die Prinzipalsorganisation auch bei einer Revision des Tarifes geneigt ist, der Frage des Abschlusses des Tarifvertrages zwischen den Organisationen näher zu treten.

Klapproth-Hannover bemängelt, daß gleich der erste Berliner Redner zum Tarife eine so große sachliche Unkenntnis verriet, daß er den Zentralvorstand dafür verantwortlich macht, was im Tarifkommentare steht. Im übrigen verbreitet sich Redner im Sinne des Referenten Schliebs. Zu den materiellen Anträgen bemerkt Redner, daß sich die Gehilfenvertreter hier nicht festlegen lassen können, zudem ja die Gehilfen nie mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen zufrieden sein werden. Redner empfiehlt zum Schluß die Annahme des Stuttgarter Antrages.

Fischer-Stuttgart begrüßt die Zurückziehung des Berliner Antrages. Mit der Kündigung des Tarifes würden wir den Verband gefährden, weshalb wir uns als „Revisionsisten“ erklären. Redner stellt im Laufe seiner Rede die Frage, ob es nicht möglich sei, bei der Tarifrevision die Hilfsarbeiterfrage anzuschneiden. Vor allem müssen hier aber die Maschinenmeister vorbereitende agitatorische Arbeit bei den Hilfsarbeitern besorgen.

Weber-Berlin erklärt, daß hier Ausführungen gemacht sind, als ob die Tarifgemeinschaft Selbstzweck wäre und nicht Mittel zum Zwecke einer kämpfenden Organisation. Man redet von den Pflichten der Gehilfen, aber nicht von denen der Prinzipale. Es ist kennzeichnend, was im „Korr.“ alles geschrieben wird, nur um die Tarifgemeinschaft nicht distanzieren zu lassen. Redner erhebt Beschwerde, daß ein Prinzipal als Verbandsmitglied einen Gehilfen als „gewerkschaftlichen Heher“ beschimpft und deshalb vom Verichte verurteilt worden sei. Das sei bezeichnend für das Zeitalter der Tarifgemeinschaft. Schliebs habe immer nur nach den Fehlern der Gehilfen, aber nie nach den Fehlern der Prinzipale gefragt. Nicht wie Schliebs wollen wir das Fortbestehen der Tarifgemeinschaft unter allen Umständen. Das ist es eben, was wir bekämpfen, daß die Tarifgemeinschaft immer als Selbstzweck betrachtet wird. Gewiß haben wir mit der Tarifgemeinschaft Fortschritte gemacht, aber nur eine un-

geunde Zunahme von Mitgliedern haben wir erfahren. Es hat selbst Kollege Heilmann gesagt, daß bei einem Streik eventuell Tausende wieder abspringen würden. Es sei unerhört, daß Kollege Schliebs hier erklärt habe, die Berliner Kollegen hätten unerfüllbare Forderungen gestellt. Die Profile der Unternehmer seien während der Tarifgemeinschaft stetig gewachsen, immer neue Maschinen wurden aufgestellt. Wenn Schliebs sagt, daß die Verfügungen, die an den Staffeltarif geknüpft wurden, nicht eingetroffen seien, so ist das lediglich eine Behauptung, die Tatsachen liegen aber anders. Redner verweist auf die Arbeitsnachweise, wo Konditionen vergeben werden, die es erklärlich erscheinen lassen, daß man kein Interesse daran nimmt, sich abzumelden. Redner begründete die materiellen Forderungen der Berliner Gehilfen, weil ein Minimum von 28,50 Mk. in Berlin keine menschenwürdige Existenz gestatte. Dabei steigen fortgesetzt die Lebensmittelpreise, der Posttarif treibt sie noch weiter in die Höhe — unter Beistülfe unserer Unterneher — ein Pfund Fleisch kostet eine Mark. Jeder Kollege, der zum Minimum arbeitet, muß seine Frau mit anspannen, und da wagt man zu sagen, es seien die Forderungen der Berliner Gehilfen ein Frevel?

Seitz-München sagt, durch die Erklärung des Kollegen Schliebs, daß die Prinzipalsorganisation jedenfalls mit dem Verbands zum Abschluß eines Tarifvertrages schreiten würde und mit dem Zurückziehen des Berliner Antrages finden wir eine ganz veränderte Situation vor. Auf jeden Fall ist aber, wenn die Berliner Kollegen schon am dritten Tage ihren Antrag zurückziehen, nicht zu verstehen, wie man dann von Berlin aus eine solche Erregung in die deutsche Kollegenerschaft hineintragen konnte, wenn jetzt die Berliner Kollegen ihren Antrag preisgeben. Redner erklärt, 1896 schon auf dem Standpunkte gestanden zu haben, daß die Tarifinstitutionen zum Schaden des Verbandes ausfallen müssen, wenn es nicht gelingt, den Tarif von Organisation zu Organisation abzuschließen. Kollege Weber habe die Tarifgemeinschaft an den Verhältnissen in Bosten gemessen, wären aber selbst dort die Verhältnisse besser, wenn die Tarifgemeinschaft nicht bestanden würde? Redner ist der Überzeugung, daß seit 1896 doch das soziale Verständnis der Prinzipale gewachsen sei. Redner gibt hierfür ein zwingendes Beispiel bekannt. Im bayrischen Ministerialerlasse ist außerdem die Anerkennung der Gehilfenorganisation ausgedrückt. Bei der fortgesetzten Hinausschraubung des Minimums kommen wir einmal in die Lage, den Staffeltarif im Interesse der Gehilfen auszubauen. Dazu zwingen uns die Verhältnisse der Großstadt wie in der Provinz. Redner empfiehlt den Stuttgarter Antrag, wonach dieser Vorberatungskommission alles auf die Tarifrevision bezügliche Material zu überweisen sei, welches dort gesichtet werden kann. Den Antrag auf Abschaffung des Berechnens könne Redner nicht unterstützen. Zum Schluß reümiert Redner, daß die Generalversammlung wohl auf den Standpunkt der Tarifrevision sich stellen wird, aber auch von der andern Seite verlangen wir Entgegenkommen. Sollte das nicht der Fall sein, so brauchen wir den Berliner Antrag nicht, dann werden uns schon die Verhältnisse die notwendigen Wege zeigen.

Watzmann-Essen empfiehlt namens seiner „Fraktionsfreunde“ ebenfalls die von Seitz vorgeschlagene „Siebungs-kommission“. Redner geht auf die Erziehung der jungen Mitglieder ein und macht Vorschläge, wie hier praktisch eingzugreifen ist. Die regionalen Wünsche der Kollegen in Rheinland-Westfalen gehen vor allem dahin, daß die Kompensationsfrage einen befriedigenden Abschluß finden möge. Redner geht auf den Abschluß des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation ein und meint, es sei zu wünschen, festzustellen, ob dann die Prinzipale nur Verbandsmitglieder beschäftigen, und Verbandsmitglieder nur bei Mitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins arbeiten dürfen. Bei einem solchen künftigen Tarifvertrage sei nach den Erfahrungen des Redners auch zu befürchten, daß die Prinzipale dann in Verhältnisse in unsrer Organisation hineintreten würden. Hier möchte Redner eine gewisse Verhütung ausgesprochen wissen. Wenn wir weiter einem Kollegen, der gegen den Tarif verstoßt, eventuell die Konditionslosenunterstützung entziehen, berauben wir ihn der Möglichkeit seiner wirtschaftlichen Existenz. Aber der Prinzipal, der gegen den Tarif verstoßt, wird nicht so schwer zu bestrafen sein. Es müßte also hier ein Ausgleich gefunden werden. Die Ansicht des Kollegen Seitz über den Staffeltarif deckt sich mit denen der rheinischen Prinzipalität.

Heinrich-Berlin bespricht die Schmutzkonkurrenz tarifreuer Firmen untereinander, die Lehrlingsfrage, wo wir von den Behörden nichts zu erwarten hätten, geht auf die Organisation der jugendlichen Arbeiter, den Staffeltarif, die Koalitionsfreiheit und die Forderungen der Berliner Kollegen ein.

Massini-Berlin meint, man beschäftige sich schon den dritten Tag mit Berlin und hofft, daß Berlin recht betrachtend auf die Delegierten wirken möge. (Allgemeine Heiterkeit.) Gegenüber Schliebs meint der Redner, daß in Oesterreich deshalb mehr Vertrauen zu der Verbandsleitung bestehe, weil dort eine wunderbare, herzerfrischende Sprache herrsche, die vor Schäden in der Tarifgemeinschaft nicht halt mache. Redner geht auf die 1896 er Tarifbewegung ein, wo Berlin im Interesse der Provinz sich mit der halben Stunde und den „fünf Schnapsgrößen“ begnügt habe, somit der Provinz Rechnung getragen worden sei. Neben den geforderten Berliner Verhältnissen, die schlechter geworden seien, laufen die Verschlechterungen

in der Lehrlingskassa und beim Berechnen, wo noch etwas zu verdienen war. Das hat heute aufgehört, wo die glatten Zeiten werden noch berechnet. Die Verschlebung der Mittagspause zugunsten der Prinzipale bedeute ebenfalls Nachteile für die Gehilfenchaft, die guten Zeitungsverhältnisse sind ebenfalls verschwunden. Es ist ein Fehler unsers Tarifvertrages, daß er bessere Arbeitsbedingungen verschlechtert. Redner kritisiert einen Berliner Schieds-spruch, wo man nicht den Tarif, sondern den Verdienst der Kollegen maßgebend sein ließ. Massini verweist auf den Ausdruck eines Berliner Prinzipalsführers, der gesagt habe, daß die Gehilfenchaft es bei Einführung der Sehmachine veräumt habe, Anträge auf Reduzierung der Lehrlingskassa zu stellen. Das ist nicht zutreffend, die Gehilfenchaft hat es nicht veräumt, aber bei den hohen Intelligenzen in der Prinzipalsführung haben die Gehilfenvertreter — ich will nicht sagen, sie sind über den Köpfen barbiert worden, weil das geschmacklos wäre — die Reduzierung nicht durchsetzen können, weil sie zu schwach waren. Der Redner polemisiert dann gegen Schliebs, der einer Firma die Möglichkeit eröffnet habe, als tarifreue Firma Guttenbergbüdler zu engagieren. Massini geht sodann auf ein Schreiben des Prinzipals Britschow in Halle a. S. ein, der eine tarifliche Regelung verlangt, die zum Teile vom Redner als richtig befunden wird. Weiter verliest Redner ein Prinzipalschreiben, aus dem hervorgeht, daß die Tarifgemeinschaft nicht fallen gelassen werden dürfe, woraus Redner schließt, daß die Prinzipale damit ein Geschäft gemacht haben. Redner wendet sich dann gegen einen Artikel Russias im „Korr.“, der die Gleichberechtigung der Gehilfen von der sozialen Einsicht der Prinzipale abhängen lasse. Das ist Gift für die Kollegenchaft, das ist unerhört, das ist hirschkundertlich, dieses Predigen der Einigkeit mit dem Kapitale. Redner bezieht sich demgegenüber auf den amerikanischen Arbeiterführer Compers, der den Streik als die höchste kulturelle Leistung bezeichnet habe. Bezüglich des künftigen Tarifvertrages ist der Redner der Meinung, daß die Verfügungen des Kollegen Großmann nicht zutreffen, eher sei das Gegenteil der Fall. Redner verweist sodann auf seine Verdienste im Berliner Gewerbegerichte beim Zustandekommen von Tarifverträgen, auf die Schwierigkeiten, die bei der tariflichen Arbeit in Berlin vorliegen, wo alle möglichen Institutionen sich geltend machen, wo Beschlüsse gefaßt werden, die zum Teile den Verbandsbeschlüssen zuwiderlaufen, wie dies bei Maßregelungen vorkommt. Die Verschwerden Schliebs' über den Berliner Arbeitsnachweis seien allerdings berechtigt, aber das dort herrschende soziale Elend kann nicht belebend auf den Arbeitsnachweis einwirken. Andererseits habe der Gauvorstand keine Einwirkung auf den Arbeitsnachweis, erfahre erst alles auf indirektem Wege und könne deshalb nicht eingreifen. Durch eine Obligatorisierung der Arbeitsnachweise werde eine gewisse Einseitigkeit verschwinden.

Reismüller-Wien (Obmann des österreichischen Verbandes) erklärt, die deutsche Tariffrage habe seine Nachwirkung auch auf Oesterreich, weshalb er bitte, sich mit der Tariffrage beschäftigen zu dürfen. Vom rein taktischen Standpunkte sei es notwendig, eine Tarifgemeinschaft zu haben. Die Verbände beschäftigen sich mit Statistiken, da haben wir aber eine noch nicht zustande gebracht, nämlich die, wie viel nadenkweise Gehilfen wir haben, die ohne Tarifgemeinschaft eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse erzielen können. Allerdings vergessen viele Kollegen, daß während der Tarifgemeinschaft viele Kollegen etwas konservativ geworden sind, wo wir dann entsprechend einzuwirken hätten. Ein Tarif könne aber nur durch die Organisationen zustande kommen. Die Hauptsache in einem Tarife sei heute die Lehrlingskassa und die Sehmachine. Alles andre ist erst davon abhängig. Einen großen Prozenteil unserer Arbeitslosen haben neben den wirtschaftlichen Verhältnissen unsere Maschinenseher auf dem Gewissen. Zur Hilfsarbeiterfrage meint Redner, daß hier für die Gehilfen die größte Vorität nötig sei; wir haben hier Geister gerufen, die wir nicht mehr los werden, wir haben zu viel versprochen. Aber die materielle und moralische Unterstützung müssen wir den Hilfsarbeitern angeheben lassen. Auf eine Anfrage des Kollegen Engel kann ich, ohne die Gattfreundschaft zu verletzen, nicht antworten. Engel sei feinerzeit Oesterreicher gewesen, aber in Berlin sei eine Umwandlung mit ihm vorgegangen. Die Maschinenmeister betrachten sich bei jeder Tarifbewegung als unterdrückt, obwohl sie an ihren schlechten Verhältnissen selbst schuld sind. Die Verschwerden der Drucker dürfen aber nicht über den Verband hinausgehen, der keine Seher und Drucker, sondern nur Mitglieder habe. Redner erklärt, die Drucker hätten Separationsgelüste, die Klubs usw. nehmen der Organisation die besten Kräfte und Kräfte weg. Im weiteren erklärt sich Redner für Abschaffung des Berechnens, weil hierdurch die Arbeitslosigkeit gefördert werde und die Arbeitsleistung des Berechners auch für den Seher im gewissen Maße maßgebend gemacht werde. Redner geht sodann auf die österreichischen Verhältnisse ein, wobei er sich gegen Berlin insoweit wendet, weil man dort die Taktik der österreichischen Verbandsleitung ganz schön beurteilt habe. Redner setzt als bekannt voraus, woran die Tarifrevision in Oesterreich gescheitert sei. Das Verlangen der Prinzipale, an die Seitz- und Siebmachinen Hilfsarbeiter zu stellen, müsse nicht nur die Gehilfen des betreffenden Landes, sondern die Kollegen aller Länder auf den Plan rufen.

Es wird sodann mittags 12 Uhr wegen einer Partie in die sächsischen Schweiz die Sitzung dieses Tages geschlossen.

Gau Hannover.

Der 31. Gantag wurde Sonnabend den 27. und Sonntag den 28. Mai in Göttingen im „Führer Hof“ in Anwesenheit von 42 Delegierten und dem gesamten Gauvorstande abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Gauvorsteher Klapproth in warmen Worten der im verfloffenen Jahre verstorbenen Kollegen, deren Andenken durch Erheben von den Sitzen in gebührender Weise geehrt wurde. Bezirksvorsteher Bornemann-Göttingen ließ hierauf die Erschienenen herzlich willkommen, den Wunsch auszusprechen, daß die Verhandlungen zum Wohle des Großen und Ganzen gedeihen möchten.

Nach Verlesung des Protokolls des letzten Gantagsprotokolls vorgenommen, wurde zum ersten Punkte der Tagesordnung „Bericht des Gauvorstandes“ geschritten. Von einer Verlesung des gedruckten vorliegenden Berichtes wurde, da dieser den Delegierten bereits zugestellt war, Abstand genommen. In der sich hier anschließenden Debatte wurde konstatiert, daß auch im Gau Hannover eine rühmliche Agitation entfaltet werden müsse, da uns immer noch etwa 25 Proz. Nichtmitglieder gegenüberständen, ferner wurden die Verhältnisse bei der Firma Bieweg-Braunschweig kurz gestreift. Hierauf wurde die Remuneration des Gauvorstandes einer kurzen Besprechung unterzogen und sodann der Bericht des Gauvorstandes genehmigt.

Nachdem unter Punkt 2 der Tagesordnung: „Rechnungsablage des Kassierers und Genehmigung der Jahresrechnung pro 1903 und 1904“, festgestellt war, daß die Subalidenunterstützung im Laufe der nächsten Zeit die Höhe der Krankenunterstützung erreichen werde, und der Wunsch geäußert war, daß für Agitation mehr als bisher aus der Verbandskasse geleistet werden möge, wurde die beantragte Decharge erteilt.

Bei dem Punkte 3: „Bericht der Delegierten über den Stand der Bezirke und die betriebene Agitation“, entwickelte sich eine rege Debatte über den Braunschweiger Bericht betreffend die Biewegsche Druckerei, und wurde von sämtlichen Rednern betont, daß von einer Tarifreue genannter Firma unter keinen Umständen die Rede sein könne, wenn selbige an ihrem Verlangen, daß ihr der Arbeitsnachweis in Braunschweig bei Bedarf von Arbeitskräften nur dem Verbande nicht angehörende Beihilfen nachweise, festhalte. Gleichzeitig wurden Vorschläge gemacht, in welcher Weise sich eine Klärung zu unserm Besten erreichen ließe. Zu dem Berichte aus Göttingen war wesentliches nicht zu erinnern, nur wurde von einem Redner darauf hingewiesen, daß man in Norderstadt, woselbst die Verhältnisse noch sehr im argen liegen, sich mit der Handwerkskammer in Verbindung setzen möge, da dieses schon gute Erfolge gezeitigt habe. Der Bericht aus dem Bezirke Hannover (Land) ließ erkennen, daß die Verhältnisse sich teilweise gebessert haben, und lag hierzu ein größerer Bericht aus Hameln vor. Während bei dem Berichte des Lokalvereins Hannover nichts zu bemerken war, gab der Bezirksvorsteher in Hilbesheim seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Mitgliederstand in diesem Bezirke bedeutend gestiegen sei; so habe man beispielsweise in Goslar heute 26 Mitglieder zu verzeichnen. Eine rege Aussprache entwickelte sich bei dem Berichte zum Bezirke Hildesheim in bezug auf die Angelegenheit Kämmerer-Wilhelmshausen, und erregte es Verwunderung, daß dem Kreisvertreter seinerzeit vom Tarifamte keine Nachricht zugegangen sei, daß Kämmerer den Tarif anerkannt habe; es wurde deshalb der Wunsch ausgesprochen, dem Tarifamtssekretär mitzuteilen, daß der Gantag des Gauwes Hannover sein Vorgehen in dieser Sache verurteile. Nachdem beim Berichte aus Osnabrück die Tarifverträge bei der Firma Meinders & Elsermann daselbst und solche in Ibbenbüren kurz gestreift, war hiermit die Debatte über die Berichte erschöpft.

Zum Punkte 4: „Beschlusfassung über Anträge auf Abänderung der Gewerkschaftsordnung“, lag ein Antrag der Mittligenschaft Wetzlar vor, die Wahl des Gauvorstandes nicht wie jetzt auf dem Gantage, sondern wie früher durch Urwahlen vorzunehmen. Nachdem dieser Antrag durch den Wetzlarer Vertreter begründet und einer kurzen Besprechung unterzogen war, wurde derselbe gegen zwei Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag derselben Mittligenschaft, dem § 12 Abs. 2 hinter dem Worte „Jahres“ den Satz einzufügen: „Für etwaige im Laufe des Jahres Ausscheidende hat innerhalb vier Wochen Ersatzwahl stattzufinden“, wurde angenommen.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung, den Punkt 5 der Tagesordnung: „Beschlusfassung über Anträge betreffs Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern“, als ersten Punkt am Sonntag zu verhandeln, wurde ebenfalls angenommen und hierauf zur Erledigung von Punkt 6: „Antrag der Mittligenschaft Einbeck betreffs Verlegung derselben zum Bezirke Göttingen“, geschritten. Begründet wurde dieser Antrag mit der weiten Entfernung vom Bezirksvororte und der damit verbundenen Höhe des Fahrpreises. Seitens des Hilbesheimer Bezirksvorstehers wurde jedoch darauf hingewiesen, daß eine derartige Begründung auf sehr schwachen Füßen stehe, außerdem sei zu berücksichtigen, daß gerade Einbeck durch die Agitation von Hilbesheim aus zu der heutigen Höhe gelangt sei. Nachdem noch einige Redner für und gegen den Antrag gesprochen, wurde derselbe abgelehnt.

Hierauf wurden die Verhandlungen um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr auf Sonntag vormittag vertagt. Nach Eröffnung der Sitzung um 9 $\frac{1}{4}$ Uhr gedachte der Gauvorsteher in einigen an-

kennenden Worten des fünfundsanzwanzigjährigen Gauvorstandsjubiläums von R. Rosenbruch, dem seitens der Delegierten die herzlichsten Glückwünsche dargebracht wurden. Alsdann wurde in die Beratung des am Sonnabend zurückgestellten 5. Punktes der Tagesordnung eingetreten. Derselbe lautet: „Beschlusfassung über Anträge betreffs Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern“. Hierzu wurden die Anträge Göttingen, Hannover und Hilbesheim zusammen beraten, die im wesentlichen sich darin gleichen, daß innerhalb des Gauwes eine regere Agitation betrieben werden solle und zu diesem Zwecke seitens der Gauverträge größere Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen seien, und wo dieses nicht angängig, die Zentralkasse einzutreten habe, denn speziell die letztere sei vom Gau Hannover sehr wenig in Anspruch genommen worden. Ein hierzu eingebrachter Antrag, welcher eine Agitationskommission einsetzen wollte, fand bei den Delegierten sehr wenig Freunde und wurde denn auch von den Antragstellern zurückgezogen. Angenommen wurde darauf der Antrag Hannover, welcher besagt: „Zur Gewinnung neuer Mitglieder ist im Gau Hannover eine umfassende Agitation in die Wege zu leiten.“ Gleichfalls zu diesem Punkte fand ein dahingehender Antrag Annahme, daß in Bezirken, in denen Bezirkskassen nicht existieren, die Gründung solcher Kassen in Erwägung gezogen werden möge.

Nachdem auf Antrag der Punkt 7 der Tagesordnung bis Schluß der Sitzung zurückgestellt war, wurde in die Beratung von Punkt 8: „Verwaltungsangelegenheiten, Festsetzung des Beitrages und des Pauschquantums“, eingetreten. Hierunter kam hauptsächlich die Remuneration des Gauvorstandes zur Sprache, da die Hannoverischen Delegierten die Ansicht vertraten, daß die Verteilung der Remuneration, wie sie heute gehandhabt würde, keine gerechte sei. Nachdem sich mehrere Redner zu dieser Angelegenheit geäußert und der Gauvorstand erklärt hatte, daß dieses eine Statutenänderung bedeute, welche nicht auf der Tagesordnung stünde, wurde der hierzu vorliegende Antrag zurückgezogen und diese Sache dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Der Beitrag und das Pauschquantum wurden in der bisherigen Höhe belassen.

Zu Punkt 9: „Beratung über Anträge aus der Verbandskammer“, war ein Antrag eingegangen, in dem ausgedrückt war, den Zentralvorstand zu ersuchen, eine Neueinteilung der Gaue und Bezirke in die Wege zu leiten. Nachdem hierüber eine kurze Debatte stattgefunden, in welcher der Gauvorsteher erklärte, daß die Neueinteilung der Bezirke nicht Sache des Zentralvorstandes, sondern der Gantage sei, wird nach Annahme des eingebrachten Antrages dieser Punkt verlassen.

Punkt 10: „Wahl des Gauvorstandes“, erbrachte das Resultat, daß der amtierende Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde. Als Ort des nächsten Gantages wurde Hannover bestimmt.

Zu dem bis zuletzt zurückgestellten Punkte 7 der Tagesordnung: „Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes“, war von dem hierzu bestimmten Referenten ein wohlüberdachtes und von großer Sachkenntnis zeugendes Referat ausgearbeitet und wird in folgendem ein kurzer Auszug von demselben gegeben. Redner unterzog die gestellten Anträge, diese in ihren einzelnen Abteilungen zusammenfassend, einer eingehenden Besprechung. Derselbe führte aus, daß wir uns gegen eine Kündigung des Tarifes erklären müßten; während ein dahingehender Antrag als grober Unfug zu bezeichnen sei, könne der Antrag Stuttgart wohl empfohlen werden, ferner sei für eine entsprechende Lohnerhöhung eingutreten. Die Note im Tarife müsse gestrichen und dafür gefordert werden, daß auch die Korrekturen und Stereotypuren in demselben Aufnahme fänden. Nachdem sich Redner gegen eine Streichung des § 5 erklärt hatte, ging selbiger zur Besprechung der Unterstützungsanträge über und führte aus, daß sich wohl keiner der gestellten Anträge ohne eine Steuererhöhung durchführen lassen werde. Zu weitem war Redner der Ansicht, daß sich die Generalversammlung dahingehend aussprechen habe, die sämtlichen Zusatzpunkte der einzelnen Sparten aufzuheben. Eine Beschickung des Gewerkschaftstages, wie diese von Breslau vorgeschlagen, sei gerecht und daher zu empfehlen. Zum „Gorr.“ übergehend, verwarf Redner die Einsetzung einer Preiskommission, da uns selbige nicht zum Segen gereichen dürfte. Nachdem sich noch einzelne Delegierte zu den Ausführungen geäußert und sich in großen und ganzen damit einverstanden erklärt hatten, schloß der Gauvorsteher mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband um 5 $\frac{1}{4}$ Uhr den 31. Gantag des Gauwes Hannover. — Wir wollen jedoch den Bericht nicht schließen, ohne den Göttinger Kollegen den Dank für ihre überaus freundliche Aufnahme abzustatten.

Aus dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 68.)

Der deutsche Arbeitsmarkt hat in diesem Jahre bis zum April eine stetige Verbesserung erfahren. Die einzelnen Monate zeigten folgende Angebote auf 100 offene Stellen: Januar 153,2, Februar 139,0, März 110,2, April 113,0; im Jahre 1904 beziffern sich die Arbeitslosen: im Januar auf 201,1, Februar 185,8, März 130,3 und April 118,2.

Der internationale Arbeitsmarkt hat sich mit Ausnahme von Rußland allgemein nun auch dem deutschen Beispiele genähert, der Aufschwung in den vier ersten Monaten dieses Jahres ist durchweg befriedigend.

Die amtliche Statistik über Streiks und Ausperrungen verzeichnet für das erste Vierteljahr 1905 401 (1904: 290) Ausstände, von denen 72 in das zweite Quartal übergingen. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden betrug 33 187 (11 996), der gezwungen Setzenden 740 (939). Da die amtliche Statistik nicht erkennen läßt, wo die streikenden Ruhrbergleute rubriziert worden sind, so verbleibt angeichts der angegebenen Zahl der Streikenden mit 33 187 nur die Ausnahme, daß der Ruhrbergarbeiterstreik noch nicht mitgefaßt wurde. Die von Ausständen betroffenen Betriebe beliefen sich auf 1671 (1224). Die Streikenden sollen in 83 Fällen vollen, in 118 teilweisen und in 128 gar keinen Erfolg gefaßt haben. Unsere Leser wissen, daß diese amtlichen Ziffern nicht unbedingten Wert haben. Ausperrungen kamen einschließlic der vom Vorquartale übernommenen 20 (37) vor, die bis auf 3 auch beendet wurden. Die Höchstzahl der ausgesperrten Arbeiter betrug 9821 (9160); Ausperrungen wurden in insgesamt 865 (545) Betrieben vorgenommen, die Unternehmer wenden also diese Waffe im wirtschaftlichen Kampfe tatsächlich immer häufiger an. In 7 Fällen hatten die Arbeitgeber einen vollen, in 3 nur teilweisen und in 7 keinen Erfolg.

Im April haben 49 Streiks in Deutschland begonnen, gegen 48 im vorjährigen April.

Die Ausstandsbeziehung im Jahre 1904 war nach amtlicher Feststellung die größte seit dem Jahre 1900, nur die absolute Zahl der Streikenden war 1900 noch höher als 1904. Es wurden nämlich 1870 beendete Ausstände ermittelt gegen 1374 in 1903, 1060 in 1902, 1056 in 1901 und 1433 in 1900; der Jahresdurchschnitt beträgt also 1359 Streiks. Die Zahl der betroffenen Betriebe wird angegeben mit 10321 für 1904, 7000 für 1903, 3437 für 1902, 4561 für 1901 und 7740 für 1900 (Jahresdurchschnitt 6612 Betriebe); ausständig waren 1904: 113 480, 1903: 85 603, 1902: 53 912 und 1901: 55 262 und 1900: 122 803 Arbeiter. Die Bauarbeiter stellten im vergangenen Jahre 43,7 Proz., die Metallarbeiter 12,8, die Holzarbeiter 11,8, die Berg-, Hütten- und Steinarbeiter 10,3, die Arbeiter der Nahrungsmittelbranchen 6,8, die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie 3,1, die Textilarbeiter 2,8 die Arbeiter im Verkehrsgewerbe 2,7 Proz. zu den Streikenden. Von den 1870 in 1904 beendeten Ausständen hatten 24,0 Proz. vollen (im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1904: 21,4), 36,8 (31,7) teilweisen und 39,2 (46,9) keinen Erfolg. Somit waren die Ausstands-ergebnisse im Jahre 1904 ganz befriedigende gewesen. — Ausperrungen waren 120 zu verzeichnen, 59 mehr als noch dem Jahresdurchschnitt! Nach der Zahl der ausgesperrten Betriebe bleibt das Jahr 1904 aber mit 1115 um 639 gegen 1903 zurück, nach der absoluten Zahl der ausgesperrten Arbeiter mit 23 760 gar um 11 513 gegen 1903 zurück. Die Ausperrungen brachten im vergangenen Jahre zu 36,7 (Jahresdurchschnitt 45,4) vollen, zu 27,5 (26,2) teilweisen und zu 35,8 Proz. (28,4) keinen Erfolg für die Unternehmer. Von den vorjährigen Streiks und Ausperrungen verliefen also 39,0 Proz. für die Arbeiter ohne jeden Erfolg, ein keineswegs unbefriedigendes Resultat.

Aus der Tarifbewegung in Deutschland konnten wir aus räumlichen Rücksichten in der letzten Zeit keine Mitteilungen bringen, und auch heute kann das aus dem gleichen Grunde nur in gedrängter Form geschehen. Vor einiger Zeit ging eine Meldung durch die Blätter, daß im Reichsamte des Innern ein Gesetzentwurf in Vorbereitung begriffen sei, welcher den Berufsvereinen mit Tarifverträgen die Rechtsfähigkeit verleiht. Den Tarifgemeinschaften volle Rechtsverbindlichkeit zu geben, ist eine Forderung, die von jedem unterstügt werden kann. Dagegen den Gewerkschaften den Charakter von juristischen Personen zu verleihen, ist eine andre Sache, die namentlich im Hinblick auf die englischen Gewerkschaftsprojekte, die dann auch sicher in Deutschland kommen würden, bedenklich genug erscheint.

In Berlin gewinnt in Unternehmenskreisen die Stimmung für Tarifverträge immer mehr an Umfang. Unlängst haben sich nämlich die Arbeitgeberverbände des Gewerbegerichtes für die Förderung von Tarifgemeinschaften ausgesprochen. Die Berliner Handelskammer, welche in ihren Jahresberichten den Fortschritten der Tarifbewegung stets besondere Aufmerksamkeit widmet, hat sich nach einem Vortrage über das Thema „Arbeitsvertrag und Tarifvertrag“ entschieden für den Abschluß von Tarifverträgen erklärt, gleichzeitig beantragte diese Körperschaft, bei Submissionen nur solche Unternehmer zuzulassen, welche die etwa bestehenden Tarifverträge anerkennen und erfüllen.

Der schon des öftern erwähnte Leipziger Lithographen- und Steindruckertarif, als dessen Einführungstermin der 1. Juni festgesetzt war, hat bezüglich der Festsetzung der Lehrlingskala noch zu Schwierigkeiten geführt. Diese Frage war nämlich noch offen gelassen, das Resultat einer gemeinsam aufzunehmenden Statistik sollte der zu schaffenden Skala als Unterlage dienen. Im Prinzip war man sich aber dahin übereingekommen, daß diese Skala eine 15-prozentige Reduktion der nach Ostern 1905 vorbandenen Lehrpläne bringen sollte. Wir glauben kaum, daß an diesem Punkte das Ganze in Frage gestellt werden könnte, werden aber in der nächsten Uebersicht über den Ausgang berichten.

Die Buchdruckfabrik Gebrüder Schmidt in Bodenheim a. M. hat mit dem Fabrikarbeiterverbande einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in den Organisationen des graphischen Gewerbes für das I. Quartal 1905.

Organisation	Mitgliederzahl am			Arbeitslose Mitglieder			Arbeitslose Mitglieder			Am letzten Tage des			Auf je 100 Mitgl. entfielen Fälle der Arbeitslosigkeit					
	Schlusse des I. Quartals			(unterstützte und nicht unterstützte)			am letzten Tage des Quartals (unterstützte und nicht unterstützte)			Quartals auf der Reise			im I. Quartale			mehr (+) oder weniger (-) gegen vorhergehendes Quartal		
	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen
Verband der Deutschen Buchdrucker . . .	39074	—	39074	4552	—	4552	674	—	674	—	—	—	11,6	—	11,6	-3,2	—	-3,2
Verb. d. Buch- u. Steindr.-Hilfsarbeiter	2769	3370	6139	184	480	664	27	27	54	—	—	—	6,6	14,2	10,8	-4,6	-3,0	-3,5
Berein der Lithographen u. Steindrucker	11383	—	11383	1094	—	1094	281	—	281	50	—	50	9,6	—	9,6	-2,2	—	-2,2
Deutscher Buchdruckerverband . . .	10365	5847	16212	1316	646	1962	328	49	377	23	—	23	13,2	11,3	12,5	-0,9	-3,5	-1,9
Deutscher Photographen-Gehilfenverband	788	15	803	144	4	148	28	1	29	—	—	—	18,3	26,7	18,4	-1,9	+17,6	-1,6
Deutscher Lithographenverband . . .	486	—	486	34	—	34	9	—	9	—	—	—	7,0	—	7,0	-1,7	—	-1,7
Gutenbergbund	2542	—	2542	156	—	156	9	—	9	—	—	—	6,1	—	6,1	-2,1	—	-2,1

*) Damit ist natürlich nicht gesagt, daß am letzten Tage des ersten Quartals sich keine Mitglieder unsers Verbandes auf der Reise befunden haben. In den Tabellen des „Reichsarbeitsblattes“ ist die Zahl derselben lediglich nicht vermerkt.

Tarifverträge für das Schuhmachergewerbe bestehen nach einer von der Schuhmachergewerkschaft aufgenommenen Statistik in 64 Orten für 4381 Werkstätten mit 9036 Gehilfen, außerdem wurden noch in 19 Orten für 27 Schuhfabriken mit 1058 Arbeitern das Vorhandensein von Tarifen festgestellt. Da 100 Zahlstellen keine Angaben lieferten, so ist die Zahl der Tarifverträge jedenfalls größer als ermittelt.

In Frankfurt a. M. ist es nun ebenfalls zu einem Tarife im Brauergewerbe gekommen. Zwischen zehn Brauereien, drei Brauereivereinigungen (Arbeitnehmer) und dem Gewerkschaftskartell wurde ein alle Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses und alle Arbeiterkategorien umschließender Tarifvertrag vollzogen.

Für Staffeltarife macht der Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins Propaganda, findet damit aber vornehmlich bei den Hamburgern keine Gegenliebe. Für nicht eingearbeitete Gehilfen soll die niedrigste, für eingearbeitete eine mittlere und für Vorarbeiter die höchste Staffel gelten.

In Berlin sind die Tarife für das Baugewerbe verlängert worden. Die Maurer erhalten statt 70 jetzt 73 Pf. und im nächsten Jahre 75 Pf. Stundenlohn. Die hauptsächlichste Aenderung bei den Maurern ist die, daß die Leistungsklausel (Vorschrift einer bestimmten täglich zu verarbeitenden Steinszahl) beseitigt wurde, es wird im Tarife jetzt nur eine dem Lohne angemessene Arbeitsleistung gefordert. Die Zimmerer erhielten denselben Stundenlohn bewilligt. In der über die Annahme dieses Tarifes beschließenden Versammlung der Zimmerer kam es zu einer interessanten Debatte, die auch jetzt noch sehr reich ist. Die Zimmerer wollten nämlich unbedingt schon für dieses Jahr 75 Pf. Stundenlohn bezahlet haben. Die führenden Personen erklärten jedoch, wegen der für dieses Jahr nicht bewilligten 2 Pf. in einen Streit einzutreten, wäre unüberlegt und verfehlt. Das Kampfobjekt sei offenbar zu gering und stehe mit den möglichen Opfern sicher in keinem Verhältnis. Wenn es zum Streit käme, würde es sich auch keineswegs mehr um die 2 Pf. handeln, sondern der Kampf würde naturgemäß auszuweichen zu einer neuen Kraftmessung zwischen der Arbeiter- und Unternehmerorganisation. Um eines Objektes von etwa 40 Mt., auf die sich der Lohnausfall der 2 Pf. in einem Jahre beläuft, könnte man unmöglich alles auf eine Karte setzen. Eine Kraftprobe bis zum äußersten rechtfertige sich erst dann, wenn auch entsprechende Werte auf dem Spiele ständen. Von der andern, ziemlich stark vertretenen Seite wurde jedoch gesagt, eine Kraftprobe mit den Unternehmern um die volle Durchführung der nur zu berechtigten Forderungen könne durchaus nicht schaden. Dadurch würden die Arbeiter einmal wieder energisch aufgerüttelt und von einem kampfesproben Geiste befeuert, der ihnen jetzt teilweise fehle. Auch sei es zweifellos, daß der Streit gewonnen würde. Wie aber auch der Ausfall sein möge, ein bedingungsloses Zustimmung zu dem Unternehmerangebote könne es nicht geben. Dieses Bramarbasieren vor den Verantwortlichen des Vertragsabschlusses auf der vorhandenen Grundlage denn doch zu bunt, sie entgegneten deshalb, daß auch sie durchaus keine Scheu vor einem Kraftmessen mit den Unternehmern hätten, aber es liege nun einmal so, daß die Unternehmer durch ihr tatsächlich bewiesenes Entgegenkommen dem Streit den moralischen Untergrund entzogen hätten. Wenn jemals, so treffe hier das Sprichwort zu: Ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Prozeß. Wen die ruhige Vernunft reden lasse, der müsse sich sagen, daß die Differenz zu gering sei, um deswegen in einen möglicherweise folgen schweren Streit einzutreten. Man dürfe die Arbeiterbewegung nicht als Sport betrachten, indem man sage, jetzt ist lange genug Friede gewesen, Geld genug ist da, nun wollen wir streiken. Selbst bei siegreichem Ausgange des Streiks sei es fraglich, ob das Erregung und Erzwungene in Zeiten schlechter Konjunktur gehalten werden könne. Aus all diesen Gründen könne man billigerweise die Verantwortung für einen Streit nicht auf sich laden. Schließlich wurde der Tarif in der vorgezeichneten Form mit großer Mehrheit akzeptiert, die kühle Vernunft hatte gesiegt. Und das war gut für die Berliner Zimmerer, weil es gegebenenfalls auch für andere Arbeiter gut sein wird.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Freiburg i. B. Am Pfingstsonntag hielt hier selbst die Oberrheinische Maschinensekervereinigung ihre zweite Ordentliche Generalversammlung ab. Vertreten waren die Orte Baden-Baden, Emmendingen, Freiburg, Karlsruhe, Mastatt. Die Beratungen wurden eröffnet vom Vorsitzenden Deinet mit herzlicher Begrüßung der anwesenden Vertreter des Gauvorstandes, des Bezirksvorstandes und des Maschinenmeistervereins, die ihrerseits erwiderten und den Verhandlungen guten Verlauf wünschten. Der vom Vorsitzenden in ausführlicher Weise erstattete Jahresbericht gab ein Bild reger Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Der Vereinigung gehören jetzt 32 Kollegen an; an den 38 Maschinen (19 Linotypes, 12 Typographen, 7 Monolines) sind insgesamt 51 Seker beschäftigt. Davon sind 40 Verbandsmitglieder, die übrigen 11 gehören seiner Organisation an. Acht Kollegen stehen also noch der Vereinigung fern. Hoffentlich werden auch diese einsehen, daß auch für sie der Platz in der Spezialorganisation sein muß. Die Tarifberatung 1906 erfordert, daß auch die Maschinenseker einig und geschlossen auf den Plan treten, um ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Im Anschlusse an den Jahresbericht gab der Vorsitzende die Ergebnisse der vom Vorstande aufgenommenen Statistik bekannt, die ein umfassendes Bild der Verhältnisse an den Maschinen im Gau Oberrhein gibt. Ein Fortschritt sei unverkennbar, doch seien noch nicht alle Mängel beseitigt. Ein besonders trauriger Fall sei von Bruchsal zu verzeichnen. Dort würde am Typograph (der Seker ist nicht organisiert) noch effektiv zehn Stunden gearbeitet, und das, trotzdem die Firma D. Weber (Amtsblatt) den Tarif anerkannt habe. In einem Falle, wo ein Lehrling an der Maschine beschäftigt, wurde auf Vorschlagwerden des Vorsitzenden Abhilfe versprochen. An den Jahresbericht schloß sich eine anregende Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen sowie der Gau- und Bezirksvorstände beteiligten. Ueber den Stand der Kaffe berichtete Kollege Müller und wurde ihm einstimmig Decharge erteilt. Ueber die Notwendigkeit der Abhaltung einer Maschinensekerkonferenz sowie die Tarifberatung 1906 referierte der Vorsitzende. Die Vorschläge der Zentralkommission fanden die Zustimmung der Versammlung bis auf den Delegationsmodus. Hier wurde gewünscht, daß bis zu 50 Mitgliedern ebenfalls zwei Delegierte entsandt werden könnten. Die zur Tarifberatung gemachten Vorschläge fanden ohne Diskussion einstimmige Annahme. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde nach Antworten des Kollegen Seemann-Karlsruhe durch einstimmige Wiederwahl und Erben von den Seiten anerkannt; Freiburg ist demgemäß auch wieder Vorort der Vereinigung. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Baden-Baden gewählt. Die Verhandlungen, die durch eine eineinhalbstündige Mittagspause unterbrochen wurden, wurden abends gegen 1/6 Uhr mit einem Reizme und Dankworten des Vorsitzenden geschlossen. Begrüßungen fanden die Kollegen Hutterer-Münster, Fleißner-Braunschweig, Guld-Barmen, Edelmann-Würdingen und Kaltenbach-Gotha, wofür an dieser Stelle besten Dank. Der zweite Tag vereinigte die auswärtigen Gäste nach einem Morgenpaziergang nachmittags im Vereinslokale bei gemütlicher Unterhaltung, bei der die Typographia ihre Vieder zum Besten gab und welche die Kollegen auch nach der Abreise der Gäste noch lange beifammenhielt. Der Typographia-Freiburg besten Dank für den gebotenen Genuß! Auf Wiedersehen nächstes Jahr in Baden-Baden!

Y. Hannover. Die letzte Lokalvereinsversammlung befahte sich zunächst mit dem in Nr. 55 des „Corr.“ enthaltenen Versammlungsberichte aus Hannover, in dem unter anderem auch auf das Jubiläum des Kommerzienrates Louis Jäncke Bezug genommen war. Fast allgemein wurde hervorgehoben, daß in diesem Falle von einer objektiven Berichterstattung nicht mehr die Rede sein könne, denn laut Protokoll seien außer zwei Rednern alle übrigen Redner mit dem Vorhalten des Vorstandes in der Jubiläumsangelegenheit einverstanden gewesen. Wie der Vorsitzende noch besonders hervorhob, sei das Verhältnis zwischen der Firma Gebrüder Jäncke und den Verbandsmitgliedern in den letzten Jahren ein wesentlich besseres geworden. Es müsse anerkannt werden, daß seit der bekannten Unterredung Döbkins mit den Firmeninhabern der Friede nicht mehr gestört worden sei. Zu diesem erfreulichen Resultate habe auch Kommerzienrat Louis Jäncke nicht wenig beigetragen. Aus diesem Grunde

habe es der Vorstand für seine Pflicht gehalten, ihm zu gratulieren. Die Mitwirkung der Liebertafel „Typographia“ bei der Feier sei aus demselben Grunde und auf Wunsch der bei Jäncke beschäftigten Kollegen erfolgt. Hierzu berichtete Kollege Hühne über den Göttinger Gau-tag. Dem Berichte folgte eine längere Debatte. Zum Schlusse wurden noch die Anträge zur Generalversammlung einer Besprechung unterzogen.

Rundschau.

Ferien! Gebr. Bode („Pforzheimer Anzeiger“) in Pforzheim haben diejenigen Gehilfen, welche zwei bis fünf Jahre im Geschäft tätig sind, drei Tage, und den mit länger als fünfjähriger Beschäftigungsdauer sechs Tage Ferien bewilligt. In Betracht kommen fünf bzw. neun Gehilfen, für nächstes Jahr ist eine Erweiterung der Ferien in Aussicht gestellt. — Dem ganzen Personale der „Flensburger Nachrichten“ ist ein dreitägiger Sommerurlaub bewilligt worden. Die Berechner erhalten 15 Mt. für diese Zeit. — Die Schellsche Buchdruckerei (Viktor Krämer) in Heilbronn hat auch Ferien eingeführt, aber erst nach zehn- resp. fünfzehnjähriger Tätigkeit, und zwar drei bzw. sechs Tage. Von 60 Gehilfen würden auf die Weise 40 zu einem Urlaube kommen. — Die Langenscheidtsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin hat ihrem gesamten Drucker- sowie Buchbindereipersonale, welches seit einem Jahre im Geschäft tätig ist, von jetzt ab einen Urlaub von acht Tagen bewilligt hat. In diesem Jahre kommen vierzig Personen in Betracht.

Schyllische Zustände müssen in einer Kempener (Rhein) Drucker herrschen. Mühe — die gaungefärbten sind selbstverständlich gemeint — tummeln sich zwar in nicht wenigen Kunststempeln, wenn aber die unheimlichen Matten sich als Einquartierung einstellen, dann wird die Sache denn doch etwas unbehaglich. Neulich entdeckte man in der in Betracht kommenden Drucker in einem Formenregale aber noch eine Stagenanfiedelung, aus welchem eine Anzahl junger Käschchen ihr liebliches Miau ertönen ließen. Die Kollegen der betreffenden Drucker sind sich nun dahin schlüssig geworden, an den hohen Bundesrat eine Eingabe zwecks Erweiterung der Vorschriften über die Einrichtung von Buchdruckereien zu richten, damit künftig Seker- und Druckerfälle nicht gleichzeitig als Managenien Verwendung finden dürfen.

Die Vergebung städtischer Druckerarbeiten nur an Tariffirmen hat der Rat von Merane (Sa.) auf Antrag unsrer dortigen Mitgliedschaft beschlossen.

Konkurrenzöffnung: Buchdruckerei Hans Müde in Jabze, Bezirk Bresslau.

Der ehemalige Arbeitgeber des Herrn W. Brackemann, Max Hermann Selbiger, der Inhaber der beiden Schwindelunternehmungen „Eupresinstitut für Grundstücks- und Geschäftsverläufe“ und „Existenzfrage“, ist jetzt vom Landgericht I in Berlin wegen Untreue bzw. Betrugs und Kautionschwindeln zu zwei Jahren und fünf Monaten Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust verurteilt worden. Der Mann ist trotz seiner 28 Jahre schon zweimal wegen Unterschlagung und zweimal wegen Betrugs verurteilt, wenn auch diese Strafen nicht hoch waren. Die Geschichte dieser Verurteilungen Selbigers sowie dieser Prozeß werden uns wesentlich Dienste leisten in den Prozeßen Brackemanns gegen uns, der es bekanntlich auf eine Erleichterung unsers Julinsturmes abgesehen hat.

Die Lithographen und Steindrucker in Stuttgart, von denen wir in Nr. 69 berichteten, sie wären sämtlich in den Ausstand getreten, haben noch in letzter Stunde die Kündigungen zurückgezogen, nachdem eine Verständigung mit den Prinzipalen über die schwebenden Differenzen erzielt und ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden war. Dagegen wurde in Leipzig die Firmen C. G. Röber und Liebich & Kunze für Steindrucker gesperrt. Ertere kündigte drei Steindrucker, weil dieselben die Fertigmachung von Streitarbeit aus einer andern Druckerlei verweigerten. Und letztere entließ einen ausständig gewordenen Gehilfen wegen Arbeitsmangel. Dagegen soll sie die Streifbrecher sämtlich anbeteln, weiterzuarbeiten. Die übrigen ausständig Gewesenen von Liebich & Kunze kündigten unter diesen Umständen ebenfalls. — Bezüglich des in Stuttgart zustande gekommenen Tarifes erfahren wir kurz vor Redaktionsschluss aus der „Buchdruckerwoche“ noch folgende Bestimmungen: Arbeitszeit:

Lithographien 8 1/2 Stunden täglich, wöchentlich 50 1/2 Stunden. Steindruck 9 Stunden pro Tag, wöchentlich 53 1/2 Stunden. Mindestlohn: Nach vierjähriger Lehrzeit 19 Mk., im zweiten Jahre oder beim andern Prinzipale 21 Mk. Lehrlingskala: auf 1 bis 3 Gehilfen 1 Lehrling, auf 4 bis 7 Gehilfen 2 Lehrlinge, auf 8 bis 12 Gehilfen 3 Lehrlinge. Und über die Leipziger Tarifbewegung das Nachstehende: Dagegen ist die im Leipziger Lithographen- und Steindruckgewerbe kaum erzielte Tarifvereinbarung im Begriffe, wieder in die Brüche zu gehen. In einer von etwa 1000 Arbeitern dieser Branche abgehaltenen Versammlung wurde mitgeteilt, daß der vom 1. Juni ab auf fünf Jahre bereits verabredete Tarif in letzter Stunde noch an der ablehnenden Haltung der Prinzipale gegenüber der Lehrlingskala gescheitert sei. Man beschloß, den Tarif nunmehr ganz fallen zu lassen, um durch betriebsweises Vorgehen zum Ziele zu kommen. (Mit dieser letzten Notiz finden die Ausführungen in der Gewerkschaftszeitung in dieser Nummer über diesen Punkt ihre Ergänzung.)

Eine Geheimdruckerei entdeckt wurde in einer Modetauer Vorstadt. Verschiedene Kollegen sind dabei in voller Tätigkeit überrascht und verhaftet worden.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt seine Hauptversammlung am 6. Juni in Frankfurt a. M. ab. Namens des Magistrats hielt Stadtrat Finsch eine Begrüßungsansprache, in der die deutsche Presse unserm Erachtens etwas über Gebühr gelobt wurde, denn daß die deutschen Zeitungen in Wahrheit als Ausdruck der öffentlichen Meinung zu betrachten seien, stimmt wohl doch nicht mit den Tatsachen so ganz überein, unsere Gerichte hemmen in erster Linie ein nur einigermaßen selbständiges Auftreten der siebenten Großmacht. Die Verhältnisse in Rußland zum Vergleiche heranzuziehen, muß ja ganz selbstverständlich zum Vorteile von Deutschland ausfallen, wenn aber eine Parallele mit anderen Ländern gezogen wird, dürfte Deutschland keineswegs glänzend abschneiden. Auch die Zeitungsverlegerorganisation hat im letzten Jahre ganz ansehnliche Fortschritte zu verzeichnen gehabt, von 552 stieg die Mitgliederzahl auf 654, und seit dem 1. April sind noch mehr als hundert neue Mitglieder eingetreten. Der Vorjüngende Herr Dr. Jänede-Hannover hielt die Gefahr einer Verkrüppelung der deutschen Presse für übertrieben, weil die Quelle der nationalen Kraft in der Dezentralisation und Differenzierung liege, die deutschen Zeitungsverleger würden darum niemals Bestrebungen zu einer Uniformierung der deutschen Presse unterstützen. Dieser Standpunkt hat auch für die Gewerkschaft seine Bedeutung; Kollege Sad hat das in seinem Artikel über den Elektrotypograph in Nr. 68 schon zum Ausdruck gebracht, als er meinte, die Verwendung des Schnelltelegraphensystems Baudot für den Elektrotypograph würde wegen der Mannigfaltigkeit der deutschen Zeitungen — und zwar in jeder Beziehung — eine mehr wie fragwürdige sein. Nach einem von Herrn Direktor Curti („Frankfurter Zeitung“) gehaltenen Vortrage über Aufgaben und Ziele der ersten Presse entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte über die Verichterstattung von sogenannten Schmutzprozessen, welche den Verbrecher mit einem Ruhmeskleide umgibt, die Leser aber eventuell zu neuen Verbrechen anstiftet, auch die Namen der Richter und Verreiber sollten aus solchen Berichten fortbleiben. In diesem und ähnlichem Sinne bewegte sich noch eine ganze Reihe von Ausführungen, womit wohl zugegeben ist, daß diese Art Verichterstattung sich zu einer plumpen Sensations-mache ausgewachsen hat. Herr Wolff-Dresden kam auf Leipziger Verhältnisse zu sprechen und gestellte den unwürdigen Wettbewerb der Zeitungen an diesem Orte, namentlich der „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Herr Steinhäuser-Weimar verteidigte die Ansicht, daß die Verleger sich nur auf die preßgesetzliche Verantwortung für den Ungegentell beschränken sollten, die Übernahme der moralischen ginge zu weit. Diesem Standpunkte trat Herr N. Bachem-Röhl unter Zustimmung der Versammlung entschieden entgegen. Auch die Zeitungsverleger streben eine Reorganisation ihrer Kreisvereinsorganisation an, Herr Dr. Faber-Magdeburg unterbreitete entsprechende Vorschläge, welche angenommen wurden. Die Befehungsfrage (Schmiergeldernahme) behandelte Herr N. Bachem-Röhl, der den Weg der Selbsthilfe verworft, den der Befehgebung aber empfahl; es müsse versucht werden, einen Zusatz zum Strafgesetzbuch oder zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb zu schaffen. Die Beratung über diesen Punkt endete mit Annahme einer Erklärung, welche sowohl den Weg der Selbsthilfe als den der Befehgebung empfiehlt. Daß ebenfalls eine Aussprache über die bevorstehende Tarifrevision stattfand, ist klar. Wie aber bei der Prinzipalsorganisation, so ist auch hier nicht zu erfahren, in welcher Richtung sich diese Diskussion bewegte; es heißt nur, etwaige Wünsche sollten an den Vorstand gerichtet werden.

Samiel hilf! So wird in vorstiger Woche auch der Verleger der „Anhaltischen Bürgerzeitung“ in Güssen ausgerufen haben, als die so sehrnützlich erwarteten Zinnsentzen zu seinem Bekommen aus Berlin oder sonstwoher nicht kommen wollten. Aber sie kamen trotz aller Hilfschreie nicht, und so mußte der arme geplagte Mensch nur die Vorder- und die Rückseite seiner Bürgerzeitung erscheinen lassen, die Hauptfrage, das Berliner Futter, mußte den verehrlichen Lesern vorenthaltan bleiben, denen man einen „bedauerlichen Unfall“ aufschwanzte. Solche „Unfälle“ sind eben der Fluch der kopfloßen und Plattenzeitungen.

Die Verantwortlichkeit eines Redakteurs ist ausgeschlossen, wenn eine Veröffentlichung ohne sein Zutun erfolgt ist. Das Reichsgericht nahm in einem Prozesse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ unter Berufung auf frühere Entscheidungen diesen gewiß vernünftigen Standpunkt ein. Zu der Hiberniaaffäre brachte das zitierte Blatt einen Artikel, wodurch sich der in der Hiberniaangelegenheit fungierende Amtsrichter in Herne beleidigt fühlte. Der angeklagte Redakteur konnte unter Beweis stellen, daß er an dem fraglichen Tage die Redaktion erst betreten habe, als die betreffende Nummer bereits gedruckt und verandt war; der aus Berlin eingelangte Artikel sei von anderer Seite in Satz gegeben worden. Das Reichsgericht hob demzufolge das Urteil auf und verwies die Sache an das Landesgericht Bochum zurück, da der Redakteur unter diesen Umständen nicht als Täter anzusehen sei. Die unteren Gerichte werden nun hoffentlich ihre gegenwärtige Auffassung korrigieren.

Die unästhetischen Dresdener Straßenbahn-billets haben nunmehr der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Gelbstrafe von 100 Mk. wegen Uebertretung des § 28 des Preßgesetzes eingebracht. Fünftierel Millionen von diesen Straßenbahnbillets waren bereits in Umlauf gesetzt, als die Dresdener Sittenwächter erst gemahnt wurden, daß die die Rückseite der Fahrscheine bedeckenden Anpreisungen von hygienischen Bedarfsartikeln des Versandhauses Dietel geeignet sein könnten, die sächsische Hauptstadt in einen Sündenbühl zu verwandeln. Der noch vorhandene große Vorrat von solchen Billets wurde deshalb sofort beschlagnahmt, ein Strafverfahren gegen die Straßenbahndirektion eingeleitet, aber bald wieder niedergeschlagen, als jedoch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ die Angelegenheit zum Gegenstande einer Besprechung machte und dabei die Reklame des Versandhauses in möglichst ähnelnder Weise zum Abdruck brachte, ging es diesem Blatte an den Kragen.

Eingeleitet worden ist abermals ein Redakteur der Arbeiterpresse: Die „Saarwacht“ brachte nämlich Mitteilungen über die sittlichen Eigenschaften einer Ordensschwester, die sich jedoch als unwahr herausstellten. Den verantwortlichen Redakteur trafen dafür drei Monate Gefängnis.

Peß! Bekanntlich werden die Leipziger Arbeiter jetzt von der „Leipziger Volkszeitung“ der allgemeinen Arbeiterschaft als Paradeperle vorgeritten, sitemalen die Leipziger Gewerkschaftler dem Leipziger Parteiblatt den außerordentlichen Gefallen erweisen, sich über den Kölner Gewerkschaftskongress zu entlassen. Daß diese Versammlungen, in welchen der Radikalismus seine billigen Triumphe feiert, eigentlich gar nicht zu Demonstrationen zweck geeignet, weil sie meist nur schwach besucht sind, haben wir schon in der vorigen Nummer dargelegt. Nun ist in diesen Fremdenbecher der „Leipziger Volkszeitung“ aber ein großer Tropfen Wermut geträufelt: eine von der Tabakarbeiterorganisation einberufene Volksversammlung, welche gegen die Gewaltakte der Dresdener Zigarettenfabrikanten Protest einlegen sollte, konnte wegen allzu schwachen Besuchs nicht stattfinden. Wir würden unter anderen Umständen kein Aufhebens von diesem Vorgange machen, in dieser Zeit aber, wo man die Leipziger Arbeiterschaft der übrigen in Deutschland als leuchtendes, nicht zu übertreffendes Beispiel hinzustellen beliebt, sei aber an diesem Falle bewiesen, wie sterblich auch die Arbeiter in der großen Reichseinheit sind. Wenn also wieder einmal das Klassenbewußtsein oder die framm-revolutionäre Gesinnung der Leipziger Arbeiterschaft in bengalischer Beleuchtung gezeigt werden, so betrachte man das nicht als einen Beweis, daß Leipzig dem ganzen Deutschland voran, sondern sage sich, daß auch in Leipzig — um einen Gemeinplatz zu gebrauchen — alles nur halb so schlimm ist.

Daß Unternehmer gegen den Terrorismus der Arbeitgeberverbände Front machen, kommt auch nicht alle Tage vor. In Münden ist das der Fall gewesen. Der Sekretär des Verbandes der Bauunternehmer verfaßte nämlich hetzographische Schreiben an diejenigen Arbeitgeber der Branche, welche dieser Organisation nicht angehören, mit dem Bemerkten, daß ihnen bei Nichtbeitritt Austräge nicht mehr zugewendet werden könnten. Einer der mit solchen Drohungen bedachten Unternehmer schlug darob gewaltig Körn, veröffentlichte das Schreiben in den „Mündener Neuesten Nachrichten“ und bemerkte sehr richtig dazu, solche Arbeitgeber hätten das Recht verweigert, sich über den unerträglichen Terrorismus der Arbeiter zu beklagen. Auch das schon erwähnte Blatt drückte seine Mißbilligung über ein solches Vorgehen aus. Nach der in Deutschland üblichen Zustatur wird nun der Staatsanwalt gegen die Leiter des betreffenden Unternehmerverbandes wegen Terrorisierung anderer Unternehmer einschreiten müssen; es wird, genau wie bei den Arbeitern, diesen Arbeitgebern zu ihrer Besserung ein längerer „Landaufenthalt“ mit dem oblitaten blauen Heinrich verordnet werden müssen, denn: Fiat justitia et pereat mundus! Die Staatsanwälte sind ja nicht nur wegen eines Geschäftsführers Brademann da.

Einmal ein Lump, er bleibt's in alle Ewigkeit. Bekanntlich haben jetzt alle Opfer des Wölbauer Zuchtbausurteils die düsteren Mauern von Waldheim verlassen. Nun tritt aber der Denunziant und Kronzeuge in jener unglückseligen Sache, der Maurer Schmidt, den Weg in das Gefängnis an — leider nur für sieben Monate. Dieser Ehrenmann hatte vor einigen Monaten mit einem andern Arbeiter in einer Wirtschaft einen Streit, er laurierte deshalb seinem Gegner beim Nachhausewege auf,

hatte aber das Malheur, sich selbst eine tüchtige Tracht Prügel dabei zu holen. Dafür rächte sich der in Denunzieren so Geübte durch eine Anzeige bei der Dresdener Polizei, der andere Arbeiter sollte ihn auf der Straße räuberisch überfallen und ihm auch wirklich die Uhr gestaubt haben. Es stellte sich jedoch sogleich die böllige Grundlosigkeit dieser Anzeige heraus, und Schmidt, der seinen Gegner wegen Straßenraubes in das Zuchtbaus bringen wollte, muß nun selbst hinter die schwebischen Gardinen.

Eine jetzt erschienene Enzyklopa die Papstes verwirft die Tätigkeit und Propaganda der Christlichsozialen, wünscht den Zusammenschluß aller Katholiken zu sozialen Reformarbeiten zum Zwecke der Bekämpfung des Sozialismus und fordert die Anwendung aller staatlichen Kampfsmittel zu diesem Besufe. Selbstverständlich ist dem Sozialismus damit nicht beizukommen.

Vom Bundesrate ist eine Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bleihütten erlassen worden, welche am 1. Januar 1906 in Kraft treten soll. Wo bauliche Veränderungen notwendig sind, kann eine Frist bis zum Jahre 1908, in besonderen Fällen vom Bundesrate sogar bis 1. Januar 1913 gewährt werden. Für zwei Beschäftigungsarten ist die achtstündige Arbeitszeit angeordnet.

Bei der Gewerbegerichts-wahl in Mainz, welche zum erstenmale nach dem Proportionalssystem stattfand, erhielten die freien Gewerkschaften 23, die christlichen 3 Sitze, außerdem eroberten erstere aber noch 3 Unternehmerräte. Die Liste des Gewerkschaftsstartells vereinigte nur 60 Stimmen mehr wie 1903 auf sich, die Stimmen der Christlichen gingen sogar um rund 100 zurück.

Ein nachahmenswertes Beispiel hat das kleine Holland gegeben. Dort werden in Zukunft von den Postanstalten Freimarke der verschiedensten Länder selbgehalten werden, damit den mit dem Auslande korrespondierenden Personen bei erbetenen Rückantworten die Beförderung der betreffenden Landesmarke ermöglicht wird. Man halte sich demgegenüber die Scherevellen in Deutschland im Bereiche mit Bayern und bis vor einigen Jahren auch mit Württemberg gegenüber.

Die drohende Aussperrung der Metallarbeiter in Nürnberg ist nun zur Tatsache geworden, 1000 Mann wurden entlassen. Diese von den Metallindustriellen angeordnete Maßnahme wird nicht nur noch auf München und Augsburg, sondern dürfte auf ganz Bayern ausgebeht werden. Die Unternehmer wollten die Arbeitszeit auf 58 Stunden herabsetzen, lehnten jedoch die geforderte zehnprozentige Lohnerhöhung sowie die Bildung einer ständigen gemeinsamen Kommission ab. Die Arbeiter blieben jedoch bei ihren Hauptforderungen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden und Lohnerhöhung um 10 Proz., stehen, obwohl Verbandssekretär Reichel im Interesse der übrigen, von der Aussperrung dann betroffenen Arbeiter um Annahme dieser Zugeständnisse eruchte. Die ausgesperrten 10000 Metallarbeiter verteilten sich auf 35 Fabriken. In Nürnberg, München und Augsburg sind nach den neuesten Meldungen rund 25000 Metallarbeiter ausgesperrt. Beim Erscheinen dieser Nummer dürfte die Aussperrung schon weit größeren Umfang angenommen haben. — In Geseemünde ist es auch zu der besprochenen Aussperrung der Werftarbeiter auf den Werften Teesleben und Seebeck gekommen, weil die ausländigen Kesselschmiede die Arbeit nicht aufgenommen haben. 3000 Arbeiter sind ausgesperrt, die beiden Werften wurden geschlossen. — Die Einigungsverhandlungen betrefis des Boykottes im rheinisch-westfälischen Braugewerbe haben sich abermals zerfallen. Die Vertreter der Brauereien, welche wieder ohne Vollmacht erschienen, erklärten, nur 70 Stellen frei zu haben — bei 1000 Aussperrten! Die Arbeiterschaft verlangt sofortige Einstellung von 250 Mann, innerhalb vier Wochen die weitere 250 und Einstellung des Restes bis zum 1. September. — Die Zahl der ausgesperrten und ausländigen Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen steigt fortgesetzt. — Die Rürschner in Berlin treten am Erscheinungstage dieser Nummer in den Geschäften in den Auslande, wo bis dahin ihre gefesteten Forderungen nicht bewilligt wurden. — Die Gummiarbeiter in Berlin haben nach vierwöchentlichem Kampfe einen vollen Sieg errungen. — Die Elbeschiffer haben nun auch in Magdeburg ihre Forderungen durchgehoben.

Die Bemühungen um Aufhebung der Massenaussperrung in der schwedischen Metallindustrie, sind gescheitert an der ablehnenden Haltung der Fabrikanten.

Briefkasten.

L. E. in Bielefeld: 3,55 Mk. — J. G. in Würzburg: 3,55 Mk. — W. B. in Würzburg: 3,80 Mk. — F. in Halle a. S.: Schon wieder haben wir für Ihre Sendung Strafporto bezahlen müssen; wenn es so fortgeht, werden wir beim dortigen Bezirksvereine am Jahreschlusse Rechnung einreichen. Gruß!

Gestorben.

In Bielefeld am 20. Juni der Seher Theodor Ramsbrock von da, 37 Jahre alt — Althma.
In Dahme der Buchdruckereibesitzer Robert Weber.
In Freiburg i. B. der Seher Karl Sailer, 22 1/2 Jahre alt — Schwindsucht.
In Hamburg am 17. Juni der Seher Emil Meier.
In Phehoe am 18. Juni der Korrektor Cyr. Davidson, 37 Jahre alt.

In Kolmar i. Elb. der Buchdruckereibesitzer Franz Zuber Saile, 64 Jahre alt.

In Lübeck am 19. Juni der Seher Georg Hoffmann, 42 Jahre alt — Bauhilfszün dung.

In Mainz am 17. Juni der Seherinvalide Franz Georg Wilhelm Braun, 78 Jahre alt — Altersschwäche.

In Wien am 6. Juni der Drucker Rudolf Höhl, 38 Jahre alt; am 7. Juni der Drucker Rudolf Krant, 26 Jahre alt; am 11. Juni der Drucker Josef Majel, 34 Jahre alt.

In Würzburg am 20. Juni der Seher Fritz Kunath aus Leipzig, 38 Jahre alt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bezirk Göttingen. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 23. Juli in Langensalza statt. Anträge sind bis zum 11. Juli an den Vorsitzenden Hugo Langloß in Götting, Remstädtstr. 4, einzubringen. Näheres durch Zirkular.

Bezirk Siegen. Die Adresse des Vorsitzenden lautet von jetzt ab: H. Säusß, Friedrichstraße 17, III.

Bezirk Saarbrücken. Um Angabe der Adresse des Seher's Paul Kemp, früher in Sulzbach bei Saarbrücken, ersucht Kassierer G. Ph. Wolf in Saarbrücken, Deutschherrenstraße 11.

Bezirk Speier. Infolge Zurücktritts des ersten Vorsitzenden und des Schriftführers wurden für dieselben folgende Kollegen gewählt: Wilhelm Hoffmann, Hafens-

puß 15, erster Vorsitzender; Georg Weiskopf, Schriftführer.

Gießen (Nurr). Der Seher Wilhelm Laube wird hierdurch zum zweitenmale aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Bibliothek gegenüber nachzukommen und für das eventuell verlorene gegangene Buch den Betrag von 3 Mk. einzuführen. Sollte diese Auforderung erfolglos bleiben, so wird unverzüglich Ausschlußantrag gestellt. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, S. darauf aufmerksam zu machen.

Güppingen. Die Adresse des Vertrauensmannes G. Langer lautet von jetzt ab: Christoffstraße 51 B, p. **Heilbronn.** Vom 1. Juli ab wohnt der Vorsitzende Gustav Merkt Friedhofstraße 18, p.

Pirmasens. Der Seher Fr. Wildt aus Sobornheim, angeblich in Darmstadt in Kondition, welcher ohne Verbandsbuch von hier abreiste, wird aufgefordert, dasselbe gegen Entrichtung der vier restierenden Beiträge umgehend beim Kassierer Jakob Herzog, Bahnhofsstraße 41, einzulösen, andernfalls statutarisch gegen denselben vorgegangen wird. Die verehrlichen Kollegen wollen S. hierauf aufmerksam machen.

Potsdam. Der Seher Louis Rappold aus Brandenburg a. H. wird hierdurch aufgefordert, seine Karte zu besorgen, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Prag der Seher Gustav Adolf Schmidt, geb.

in Neugersdorf (Sachsen) 1879, ausgl. daf. 1808; war schon Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. — Karl Krumer, Prag 599, II.

Arbeitslosenunterstützung.

Bielefeld. Vom 1. Juli ab befindet sich der hiesige Fremdenverkehr in der Herberge zur Heimat, woselbst auch die Unterstützung wie bisher ausgeführt wird. Die Herren Verwalter der umliegenden Gasthöfe werden gebeten, die betreffenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Kiel. Unser Verkehrslokal wird am 1. Juli nach der neuerbauten Gewerkschaftsherberge, Fährstraße 24, verlegt. Die Auszahlung des Reisegeldes erfolgt daselbst nachmittags 3 Uhr.

Mannheim. Dem auf der Reise befindlichen Seher Karl Huber aus Uttigkofen, zuletzt in Mannheim (nicht-bezugsberechtigt), ist die Hauptbuch-Nummer 9683 einzutragen. Die Verbandsfunktionäre wollen hiervon Notiz nehmen.

Neuwied a. Rh. Der Seher Gustav Groch aus Steinsdorf (Hauptbuchnummer 4805, Rheinland-Westfalen) wird ersucht, den hier erhaltenen Vorfuß von 1 Mk. portofrei an Gerh. Mauritz, Schloßstraße 24, einzulösen. Die Herren Reichsfachverwalter werden gebeten, S. hierauf aufmerksam zu machen.

Plauen. Dem Drucker Ignaz Spitz aus Kofel (1141 Niedersterreich) wurde irtümlicherweise weiße Legitimation ausgestellt. Demselben ist diese abzunehmen und dafür grüne auszufüllen.

Wer kann uns einen Konkurrenzlosen oder sonst geeigneten Platz in Mitteldeutschland nachweisen, wo eine Buchdruckerei eingerichtet werden könnte? [316] **Otto Reise & Co., Leipzig-Entzsch.**

Tücht. Maschinenmeister für Autotypie- u. Plattendruck sofort gesucht. **H. G. Mühlmeier, Dresden-Niedersedlitz.**

Linotype-Seher mit neuestem System vertraut, geschäftlich und zuverlässig, der englischen Sprache mächtig, verheiratet, sucht sofort Kondition. Werte Offerten unter W. Sch. 280 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Seher in allen Gattungen bewandert, sucht in Dresden dauernde Kondition, wo er auch das Stereotypieren mit erlernen kann. Werte Offerten unter M. Sch. Dresden 10, postlagernd. [301]

Schriftgießereifaktor in allen Gattungen bewandert, auch mit der Stereotypie und Galvanoplastik vertraut und mit guten Zeugnissen versehen, wünscht sich baldigst zu verändern. Selbstiger würde auch erste Stelle einer Gießerei annehmen. Werte Off. unter M. S. 288 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Johannisfest 1905.
Festspiel „Johannes Gutenberg“ von H. Ehrhardt. 3. Auflage. . . . 0,50 Mk.
Festspiel „Blauer Montag“ von R. Weis 0,25 „
Buchdrucker-Salamander, 3. Auflage 0,10 „
Buchdrucker-Studien, 3. Seite 1. 0,50 „
Gutenbergbuch mit 24 Autotypien 1,00 „
24 verschiedene humoristische Buchdruckerporträts 1,00 „
12 verschiedene Gutenberg-Künstlerporträts 1,00 „
16 versch. Gutenbergbilder usw. à 20, 25 u. 30 Pf.
Graphische Verlags-Anstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., Körnerstrasse 7. [319] Graphischer Anzeiger (19. Jahrgang) umsonst.

Zur **Johannisfeier:** Ansichtskarten der Enthüllung mit der Unterschrift: „Das vom Deutschen Buchdruckerverbände seinen Begründer Bernhard Härtel in dankbarer Erinnerung gestiftete Denkmal am Tage der Einweihung in Leipzig am 12. Juni 1905. (Verbandspräsident Döblin die Weiherede haltend)“. — Einzig autorisierte Aufnahme. [294] Kunst- u. Verlagsanst. Max Schmitt, Leipzig-R. 90.

Bezirksverein Metz (V.E.-L.B.). 25jähriges Stiftungsfest im großen „Storchensaal“ am 24. u. 25. Juni. 318] Der Festausschuß.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund. Junger, fleißiger Leutnant ist Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu verwerthen und zu vertiefen vermittelst unserer totenstetigen brieflichen Unterrichts. Interessenten wollen ihre Adresse richten an **August Grimm, Frankfurt a. M., Alter Markt 36.** Annonce bitte ausschneiden und aufheben.

Verband der Deutschen Buchdrucker (Gau Bayern).
Sonntag den 2. Juli in Ansbach:
Fränkisches Buchdruckerfest
arrangiert von den Mitgliedschaften
Ansbach, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Rothenburg und Würzburg.
PROGRAMM:
Früh: Empfang der auswärtigen Kollegen, vom Bahnhofe mit Musik nach dem herrlich gelegenen „Drechselsgarten“, daselbst zwangloser Frühschoppen mit Musik- und Gesangsvorträgen.
Mittags 12 1/2 Uhr: Mittagessen in verschiedenen Gasthäusern.
Von 3 Uhr ab: Festkonzert im Kgl. Hofgarten (Musikvorträge, Gesangsvorträge der Kollegengesangsvereine Ansbach, Nürnberg, Würzburg); Feste des Kollegen Rexhäuser; Preisquadräteln. (Bei ungünstiger Witterung im Saale.)
Abends: **BALL.**
Hierzu werden die Kollegen der umliegenden Druckorte freundlichst eingeladen.
NB. Kollegen, welche bereits Samstag eintreffen wollen, seien noch darauf aufmerksam gemacht, dass abends 1/2 9 Uhr im Gasthause „Zum Halbmond“ **Allgemeine Buchdruckerversammlung** abgehalten wird, in der Kollege Rexhäuser über die Verhandlungen der Dresdener Generalversammlung referieren wird. [313]

Eine Kunstbeilage allerersten Ranges wurde von der bekannten Kunstanstalt Max Krause, in Verbindung mit J. W. Zanders in B.-Gladbach für Heft VI der „Typographischen Jahrbücher“ geliefert. Sie zeigt, welche Kräfte in den Dienst der graphischen Kunst gestellt werden! Ausserdem enthält das Heft Proben einfachschönen Könnens, die jedem Buchdrucker, und wenn er in kleiner Druckerei arbeitet, zum Vorbilde dienen können. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an die „Typographischen Jahrbücher“ an! [325]

Soben erschienen: **Führer durch die Berliner Buchdruck-Industrie und der Provinz Brandenburg** für das Geschäftsjahr 1905/6. Ueber 1000 Adressen! Enthält ausserdem einen interessanten Aufsatz „Ueber Krankheit und Invalidität“. — Preis 25 Pf. inkl. Porto. — Zu beziehen durch **Philipp Schmitt, Berlin NW 6, Karlstrasse 25.** [321]

Südd. graph. Versandgeschäft Fr. Deiss Stuttgart, Calwerstr. 52 empfiehlt

Tonplattenschneider. Praktisch! — 1,25 Mk. — Erprobt! Zurlichtemesser, Zurlichtescheren, Ahlen usw. Fachschul., Leiter v. Kursen erh. b. Mehrbest. Rab. [322]

Stuttgarter graph. Versandhaus, Theodor Leibus, jetzt Rotenhühlsstrasse 49 b, empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zurlichtemesser, 5farb Bier- u. Weinzipfel, Kravattenmadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabaksdosen, Feuerzeuge. Illust. Preisliste gratis u. franco. [323]

Nur so lange der kleine Vorrat reicht! **Petri, Fremdwörterbuch** [320] 24. Auflage, neu, statt 6 Mk. nur 3,65 Mk. (franko bei Vereinfachung des Betrages). **Ernst Mehlisch, Buchbdlg., Gamm i. Weßf.**

Spezialofferte! Wer Bilder, Bilder u. Musikwerke, Photographische Apparate usw. gegen bequeme monat. Ratenzahlungen zu beziehen wünscht, verlange gegen 20-Pf.-Marke Katalog von **Erich Peitz, Berlin O 6, Birkenstraße 26.**

Bitte um Angabe der Adresse des Seher's **Georg Benno** aus Salzwedel. [312] **G. Oudriska, Schneiderm., Mathen o. v.**

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgartenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Durch Kampf zum Sieg. Männerchor von Benzoni. 20 Pf. [324]

Am 20. Juni verstarb unser langjähriges und treues Mitglied, der Setzer **Th. Ramsbrock** aus Bielefeld infolge Leberleidens und Asthma im Alter von 87 Jahren. Wir werden ihm immer ein ehrenvolles und bleibendes Andenken bewahren. Ortsverein Bielefeld (V. d. D. B.). [314]

Am 17. Juni verstarb unser liebes Mitglied **Emil Meier.** [315] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Liedertafel Gutenberg von 1877, Hamburg.

Am 18. Juni, abends 11 1/4 Uhr, entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege und früherer Vorsitzender, der Korrektor **Chr. Davidsen** in seinem 37. Lebensjahre. Sein biederer und offener Charakter sichern ihm ein bleibendes Andenken. Er ruhe in Frieden! [317] Itzehoe, den 19. Juni 1905. Ortsverein „Typographia“ (V. d. D. B.).

Nach kurzer Krankheit verstarb heute unser Kollege, der Setzer **Georg Gossmann** im 42. Lebensjahre. Wir werden seiner stets ehrend gedenken. I.übbeck, 19. Juni 1905. [322] Buchdruckerverein in Lübeck.

Am 20. Juni, abends 6 Uhr, verschied nach längerem schweren Leiden unser langjähriger werter Geschäftskollege, der Schriftsetzer **Fritz Kunath** aus Leipzig im Alter von 38 Jahren. Sein Andenken werden stets in Ehren halten Die Kollegen der Kgl. Universitäts-Druckerei von H. Stürtz in Würzburg. [324]

Am 20. Juni verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer **Fritz Kunath** aus Leipzig im Alter von 38 Jahren. Dem Verstorbenen, einem tüchtigen und stets ehrlichen Kollegen, wird ein ehrendes Andenken bewahren Die Mitgliedschaft Würzburg. [323]

Achtung! Bestellungen auf das 3. Quartal des Corr. (Preis pro Quartal 65 Pf.) wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. Nachlieferungen finden nicht statt.